

II. Die Verfassung von 1836

1. Die ersten Vergleichsversuche 1820—1824

Schon drei Tage nach seiner Regierungsübernahme ließ Fürst Leopold II. die Stände wissen, daß er sich mit ihrer Erklärung, wenn sie ihm auch nicht zusagte, doch begnügen würde, und ließ sie auffordern, ihre Vorschläge zur Erweiterung der Volksvertretung einzureichen. War in den vergangenen Jahren die Fürstin Pauline mit ihrer leidenschaftlichen Natürlichkeit die unumschränkte Führerin in dem Verfassungsstreit gewesen, jetzt ließ der Fürst in seiner passiven Einstellung seiner Regierung den Vortritt.

Man bot folgende Grundlage an: in die ritterschaftliche Kurie werden die bürgerlichen Besitzer landtagsfähiger Güter und in die städtische Kurie einmal die ein bürgerliches Gewerbe treibenden und städtische Gemeinheiten bildenden Orte, also auch die Stadt Barntrup und der Flecken Lage, und weiter der Bauernstand aufgenommen und in diesem Bauernstand außerdem die Eigentümer steuerfreier, nicht landtagsfähiger Güter des platten Landes, während die Besitzer der in den Städten gelegenen steuerfreien Höfe und Häuser in den Städten vertreten sind (15. August).

In dieser ersten Eingabe an den Fürsten sprach man nach wie vor von den „treugehorsamsten Ständen von Ritterschaft und Städten“, von „landtagsfähigen Gütern“ und empfahl die „treue Landstandschaft“ seiner Huld und Gnade. Man sprach von „bestehenden“ Ku-

rien und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Landständschaft bald wieder in der ihr angemessenen Stellung anerkannt würde. Man sprach in Worten, als sei die Verfassungsurkunde der Fürstin Pauline rechtmäßig faßiert und die alte landständische Verfassung vollkommen wiederhergestellt. Man übersah völlig, was die Bundesversammlung selbst unmißverständlich bestimmt hatte, daß die Einführung dieser Verfassungsurkunde nur ausgesetzt blieb, bis nochmals versucht war, die Widersprüche vergleichsweise zu beseitigen.

An sich waren die Anträge als Plattform für eine Verhandlung vollkommen ungeeignet. Dennoch war die Regierung nicht abgeneigt, einen Ausschuß tagen zu lassen, um sich einmal über die Voraussetzungen auszusprechen. Selbstverständlich war die Annahme der Verfassungsurkunde vom 8. Juni 1819 eine nicht wegzudenkende Bedingung. Auch nicht um eines Fingers Breite wäre der junge Fürst, der noch ganz im Schatten seiner Mutter stand, davon abgewichen.

So wurden die Vertreter der Stände zu einer Zusammenkunft am 15. November eingeladen. Gleich zu Beginn erfahren sie und, man kann es begreifen, zu ihrem Befremden überraschend, daß die fürstlichen Kommissare zu einer mündlichen Verhandlung nicht beauftragt sind. Man liest ihnen ein fertiges Protokoll vor. Sie hören, daß man die Aktivlegitimation ihrer Auftraggeber bestreitet und die unbedingte Annahme der Paulinischen Verfassung verlangt. Die Bundesversammlung hat keine Entscheidung getroffen. Dagegen bleibt es den souveränen Fürsten der Bundesstaaten nach dem Art. 55 der Wiener Schlußakte überlassen, die landständische Verfassung als eine innere Landesangelegenheit mit Berücksichtigung der gesetzlich festgelegten ständischen Rechte nach den Zeitumständen zu ordnen.

In der Sache selbst erklärt die Regierung es für unvereinbar mit dem Repräsentativsystem, daß die bürgerlichen Güterbesitzer auf sämtliche drei Klassen

verteilt werden sollen. Diese Klassen haben weder die gleichen Interessen noch den gleichen Gerichtsstand. Sie verwirft die getrennten Körperschaften, die ritterschaftliche oder städtische Kurie. Dagegen ist sie bereit, als einzige Ausnahme nachzugeben, daß der Ritterschaft von den sieben Stimmen der ersten Klasse einige Stimmen und die übrigen den bürgerlichen Güterbesitzern zugewiesen werden. Es können dadurch in der ersten Klasse zwei Unterabteilungen gebildet werden, von denen jede Abteilung ihre Abgeordneten aus ihrer Mitte zu wählen hat.

Ohne Frage mißglückte dieser erste, doch wohl zu schroffe Versuch einer Annäherung. Hinterher konnten die ständischen Vertreter bequem behaupten, daß sie gern jede Empfindlichkeit zurückgestellt haben würden, um nur zu einer Verständigung zu kommen. Aber durch das Ansinnen einer unbedingten Annahme der Verfassungsurkunde wären sie in eine sehr bedenkliche Lage geraten. Jetzt entwirft Rat Anze aus Salzuflen, in der Folge der schriftstellernde Vertreter der Stände und Klostermeiers Gegenspieler, eine Gegenerklärung, im Ton absichtlich scharf, wie er sagt. Aber seine Parteigenossen sind zufrieden, finden alles sehr gediegen, vollständig, gründlich und vorsichtig: man spricht auch nicht mit dem Landesfürsten, sondern mit seinen Räten, die ihnen zumuten, „nachdem sie gesiegt, vor ihnen schimpflicher Weise das Gewehr zu strecken“.

Anze weist aus älteren Zuschriften nach, wie die Regierung wiederholt anerkannt hätte, daß die ständische Verfassung nie aufgehoben sei. Auch habe die Bundesversammlung die Stände als legitimiert angesehen, sonst hätte sie ihren Beschluß vom 9. September nicht fassen können. Im Gegensatz zu dem Art. 55 berufen sie sich auf den Art. 56 der Wiener Schlußakte, wonach die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden können. Nicht die Rheinbundsakte von 1806, sondern

die Bundesakte vom 8. Juni 1815 muß als Normalzeit angenommen werden. Alle Verfassungen, welche zur Zeit der Errichtung des Deutschen Bundes noch in anerkannter Wirksamkeit waren, stehen jetzt unter dem Schutze dieses Bundes. Die Stände legen demnach Verwahrung dagegen ein, daß die Regierung sie als „adeliche Rittergutsbesitzer und Städte“ bezeichnet.

In der Sache selbst hat es keinen Zweck, den Ankeischen Spikfindigkeiten in allen ihren langatmigen Einzelheiten nachzugehen. Zusammenfassend verlangt er die Beibehaltung zweier Kurien oder Kammern, die entscheidende Stimme bei allen Landesgesetzen, und daß alle Jahre und nicht alle zwei Jahre Landtag gehalten werde. Weiter verlangt er das uneingeschränkte Steuerbewilligungsrecht, die freie Wahl der Ausschußdeputierten oder Landräte und des Landyndikus auf Lebenszeit, die Wiederherstellung der Virilstimmen für die Besitzer landtagsfähiger Güter — kurz die Annahme der alten Verfassung als Grundlage jeder weiteren Unterhandlung.

Mit dieser Gegenerklärung stand man vor dem Abbruch. Allein Anke hat einen Ausweg. Die Verfassungsurkunde von 1819 hat, wie er aus ihr herausliest, „zur Freude demokratischer Schwindelköpfe“ den Adel mit keiner Silbe erwähnt, scheinbar will man ihn in Lippe politisch vernichten. Dagegen ist er in der Erklärung der fürstlichen Kommissare als besonderer Stand wiederhergestellt, da man ihm besondere Stimmen vorbehält. An diesem Faden läßt sich die Aussprache fortführen. Dafür will die Ritterschaft ihre Steuerfreiheit patriotisch auf dem Altar des Vaterlandes opfern. Auch wird sie aus Erkenntlichkeit die für die Städte und Bauerschaften vollzogenen Wahlen, wie auch die von der Regierung veröffentlichte Geschäftsordnung des neuen Landtags bis auf wenige Punkte anerkennen. Man versichert, daß man nur mit großem Leidwesen den Weg der Beschwerde bei der Bundesversammlung beschreiten werde.

Diese Gegenerklärung war am 15. Januar 1821 abgeschlossen und unterschrieben worden. Wegen des Ablebens der Fürstin Pauline kam sie erst am 5. März in die Hände der Regierung. An diesem Tage hat der Regierungsdirektor v. Funt ein seltsames Gespräch mit einem städtischen Vertreter, dessen Inhalt uns allerdings nur in dem Bericht dieses Herrn an die Stände erhalten ist. Trotz einiger Auffälligkeiten wird der Kern der Wiedergabe schon richtig sein. Auf Funks Vorhalten, daß man eine gütliche Beseitigung aller Mißstände eher erreichte, wenn nur die Verfassungsurkunde von 1819 als Grundlage der Verhandlungen angenommen würde, hätte dieser Vertreter erklärt, daß die Stände eidlich verpflichtet wären, die Rechte der allein bestehenden alten Verfassung zu erhalten, also eidbrüchig würden, wenn sie die neue Verfassung anerkannten. Funt aber hätte in ihn gedrängt, zu überlegen, ob sich die Vereinigung nicht doch ermöglichen ließ, wenigstens auch nur um den Anschein zu erwecken, als sei die neue Verfassung als rechtmäßig bestehend anerkannt. Persönlich freilich hätte sich Funt sehr bestimmt gegen die Grundsätze dieser Verfassung ausgesprochen, wäre auch der Meinung gewesen, daß die Regierung, wenn der 1819 projektierte Landtag zustande gekommen wäre, mit den Bauern einen sehr harten Kampf gehabt haben würde, da diese sicher mit den befremdlichsten Anträgen gekommen wären. Ging es der Regierung in Wahrheit mehr um die Form als um die Sache? War sie zu haben, wenn nur der Schein gerettet wurde? Der Vertreter warf den Gedanken hin, ob man nicht weiter kam, wenn man sich über den Entwurf einer ganz neuen Urkunde einigte, für den weder die alte noch die neue Verfassung offiziell als Grundlagen benutzt wurden, da die Urkunde von 1819 vorsorglich nur die Hauptzüge bezeichnet und ihre Vervollkommenung der Zukunft überlassen hatte. Kurz, er schlug vor, an dieser Voraussetzung anzuknüpfen und

mit diesem losen und leichten Mäntelchen den Rückzug der Regierung zu beschönigen.

Es ist sehr bemerkenswert, daß die sämtlichen Herren diesem Vorschlag rückhaltlos zustimmten. Selbst die Voraussetzung einer Erklärung des Fürsten, daß er auf wiederholte Vorstellung seiner Stände die von seiner Mutter gegebene Verfassung mit Zustimmung seiner Stände abändern wolle, schien ihnen schon ausreichend. Man gewinnt den Eindruck, als wenn die Stände in diesem Augenblick doch froh gewesen wären, mit heiler Haut aus der Sadgasse herauszugleiten. Zumal auch aus Frankfurt warnende Briefe kamen, die keinen Zweifel ließen, daß es durchaus unerwünscht sei, die Bundesversammlung in diese aussichtslosen Auseinandersetzungen einzumischen: man werde gegen die gegenwärtige Regierung noch delikater sein als gegen die ehemalige vormundschaftliche, darin stimmten alle mittleren und kleineren Staaten überein.

Aber wer soll den ersten Schritt tun?

Wiederholt erinnerten die ständischen Vertreter die Regierung an eine Erklärung. Darüber verging das Jahr. Sichtlich verärgert über diese Nichtachtung schickte man am 12. Februar 1822 an Schloßer eine neue Vollmacht und weitere Unterlagen zur Wiederaufnahme des Prozesses beim Bundestage, versah ihn auch mit einem Geldvorschuß, so verschuldet auch die Ritterschaftskasse war. Aber Schloßer warnt nach wie vor. Man dürfe nie vergessen, dringend legt er den Finger gerade auf diese Erwägung, daß sich ein Erfolg niemals im voraus verbürgen lasse, da die Bundesversammlung nicht bloß nach juristischen, viel mehr noch nach politischen Gründen entscheide. Die Zeit war eben eine andere geworden.

Endlich erfuhr man doch in den letzten Märztagen, daß eine Erwiderung der fürstlichen Kommissare, mit Anlagen über 40 Bogen stark, bereits in der Expedition sei, ihre Ausfertigung aber noch einige Wochen aufhalten werde. Anke will auf den Busch klopfen und

äußert den Wunsch, daß man seinen Auftraggebern diesmal den Charakter als Stände beilege, er wird aber kopfschüttelnd abgewiesen.

Man konnte sich gefaßt machen, daß nichts Gutes zu erwarten war. Der auffallend drohende Ton in der Gegenerklärung hatte stark verschnupft. Man hatte in Wahrheit vor einem Abbruch gestanden. Die Regierung sah davon ab, die Erwiderung selbst mit einer Widerlegung aller einzelnen Punkte der Gegenerklärung zu belasten. Das hatte man Klostermeier überlassen. In einer umfangreichen Denkschrift hatte er nochmals an der Hand von Urkunden, Akten und Schriften mit der ganzen weitschichtigen Umständlichkeit, die man an ihm gewohnt war, die sämtlichen Vorstellungen, Forderungen und Anträge der Stände bis ins kleinste zurückgewiesen, hatte sich auch auf die Geschichte und Auslegung des Art. XIII der Bundesakte von 1815 und des Art. 56 der Wiener Schlußakte ausführlich eingelassen. Dieses wissenschaftliche Duell zwischen Klostermeier und Anze, in dem nun schon seit Jahren zwei streitsüchtige Gelehrte mit schärfster Erbitterung einander unnachgiebig schulmeisterlich zurechtzuweisen suchten, konnte in einer Frage, die abschließend doch nur politisch oder verwaltungstechnisch zu lösen war, zu keinem versöhnlichen Ausgang führen.

Es gab in dieser Erwiderung aber doch ein paar Einzelheiten, die geeignet waren, die Grundlage des Vergleichs um ein wenig zu verbreitern. Eine Wiederbelebung der alten landständischen Verfassung kam nicht in Frage, es blieb bei der Urkunde von 1819. Auch die Einführung von zwei Kammern in einem so kleinen Lande wie Lippe war nochmals als zweckwidrig abgelehnt. Dagegen erklärten sich die fürstlichen Kommissare ermächtigt, dem Adel, der noch im Besitz landtagsfähig gewesener Güter war, von den sieben Stimmen der ersten Klasse drei anzubieten, deren Stimmführer der Adel aus seiner Mitte wählen konnte. Durch dies Entgegenkommen will man dem Adel die Sicherung seiner Standesinteressen ver-

bürgen, man läßt ihn seine Angelegenheiten allein besorgen. Auch den Städten versprach man eine Verfassungsänderung dadurch, daß in den Fällen, wo die Wahl eines Abgeordneten des zweiten Standes auf den Bürgermeister oder den Stadtsyndikus fiel, nicht der Nachweis eines vorhandenen Vermögens verlangt wurde.

Das war eine Aufregung! Namentlich unter der Ritterschaft! Unter dem ersten Eindruck dieser „korputenten Erwiderung“ verzweifelt man an jeder Hoffnung auf eine gütliche Vereinigung. Die Klostermeiersche Schmähschrift ist noch ärger als seine „Kritische Beleuchtung“. Dieser hochfahrende Ton, diese Grobheiten, diese advokatorischen Kniffe! Einen Haufen von angeblichen Lügen, Verdrehungen, Halbheiten, Ausflüchten trägt er da zusammen: der lippische Adel kann sich mit dem in Deutschland nicht vergleichen! Unerhört! Er ist nur aus Gnade des regierenden Hauses entstanden! Empörend! Heute schilt man sie Demagogen und Demokraten, früher waren sie finstere Feudalmenschen! Alles in allem, mit dieser Regierung will man keine Zeit mehr verlieren. Der Bundestag soll entscheiden. Ist er gegen sie, nun gut, dann wird man sich unterwerfen, dann also Despotismus. Erklärt er sich aber als inkompetent, dann soll man die Stände mit Gewalt aus ihren Rechten drängen: die göttliche Vorsehung werde schon die Wunden heilen und menschliche Willkür zerschlagen.

So etwa tobte die Ritterschaft. Anders die Bürgerlichen, sie bleiben ruhiger und sehen weiter. Sie lesen manches anders! Die Regierung hat unzweideutig zugesagt, daß die wohlerworbenen Rechte der alten Stände nicht außer Wirksamkeit gesetzt werden sollen. Diese Zusage hat Klostermeier sogar in seiner Denkschrift (Kap. X) noch weiter ausgeführt. Er hat dort gesagt, daß wohlerworbene Rechte äußerstenfalls nur dem Staatswohl aufgeopfert werden können. Die Verfassungsurkunde von 1819 habe aber keine einzige auf landesherrlichen Privilegien, Reversalen, Verträgen

und Landtagsabschieden beruhende Gerechtsame der Stände von Ritterschaft und Städten angetastet. Die neuen Landstände werden die Erben dieser Gerechtsame, die Verfassungsurkunde sichert ihnen in seinem 11. Paragraphen jeden Schutz und jeden Einfluß auf das Wohl des Vaterlandes.

Doch — um welche Rechte und Gerechtsame handelt es sich eigentlich? Was darüber in dem genannten Paragraphen gesagt wird, ist nur allgemeiner Natur: Recht des Vorschlags, der Anzeige, der Erinnerung. Wie haben eigentlich ehemals die Stände das Land vertreten? Welche Vorzüge hatten sie? Jede weitere Frage vergrößert das Dilemma! Am besten, man wird der Regierung den Nachweis zuschieben, doch einmal festzustellen, welche Gerechtsame gemeint sind? Was man unter wohlerworbenen Rechten zu verstehen hat? Als Erblasser müssen die alten Stände doch wissen, was sie vererben. Eine Landesverfassung kann sehr weite, aber auch sehr enge Grenzen haben, man soll sie so logisch und grammatikalisch abfassen, daß authentische Interpretationen überflüssig sind. Die Widerlegung der Erwiderung ist doch nicht, wie man anfangs gemeint hat, überflüssig, sondern kann auf die Erklärung beschränkt werden, daß man zu zweideutigen Zusicherungen, die beliebig ausgelegt werden, kein Zutrauen habe.

Doch die Herren fangen an nervös und unter sich uneinig zu werden. Anze war der angestellte Schriftführer, wenn seine Dienstanweisung auch nicht so ausgelegt werden konnte, daß ihm die Abfassung von Schriftstücken allein ohne Mitwirkung der Stände überlassen war. An sich lag wohl nichts gegen ihn vor. Es ist aus den Vorlagen nicht zu ersehen, weshalb neben ihm diesmal der Hauptmann v. Blomberg auf Iggenhausen, der sich allerdings am aufgeregtesten gebärdet hatte, von seinen Standesgenossen aufgefordert wurde, noch die besonderen Belange der Ritterschaft zu bearbeiten. Das führte zwischen beiden Männern zu einem Kompetenzstreit, der monatelang nicht zur

Ruhe kommen wollte. Wir können an ihm nicht vorübergehen, zumal er manche pikante Einzelheiten aufdeckte.

Der Ausgangspunkt der Meinungsverschiedenheit muß das Zweikammersystem gewesen sein, dessen Beibehaltung Blomberg mit Zustimmung seiner Standesgenossen mit aller Entschiedenheit gegen Einsprüche verteidigte. Mit der gleichen Bestimmtheit verfocht er die Beibehaltung ihrer Virilstimmen.

Die zeitweise sehr scharfe und erbitterte Aussprache über diese Gegenstände führte zu einer allgemeinen Auseinandersetzung über das Verhältnis des Adelsstandes zum Bürgerstande, ein Thema, das noch immer die Menschen gegeneinander verhetzt hat und auch in diesem kleinen Kreise, den doch eine gemeinsame Abwehr verband, nachhaltig verstimmte. Blomberg sah das Wesen des Adels in seiner erblichen Würde: damit steht der Adlige über dem Bürger, ist sein natürlicher Feind. Wie der Erbmonarch ebenfalls ein erblicher Würdenträger und Erster unter Privilegierten ist, so besteht eine nahe Verbindung zwischen Erbmonarchie und Erbadel. Der Erbadel ist der natürliche Damm gegen alle Neuerungsucht des Bürgerstandes. Um seine herkömmliche Aufgabe leisten zu können, bedarf er eines besonderen Schutzes nach außen und der Vorsorge zur Verhütung seiner Verarmung, mithin Landstandschafft, Majorat, Fideikommißeigenschaft seiner Güter, Gleichgewicht gegen den Bürgerstand — zusammengefaßt eine Kammer für sich. Daß in dem Vorhandensein des Adels eine Herabwürdigung des Bürgerstandes liegen soll, erklärte Blomberg für einen zwar allgemeinen, aber um so bedauerlicheren Irrtum. Aber er konnte doch nicht abstreiten, daß in dem Zweikammersystem und in der Virilstimme eine bevorzugte Verschiebung des politischen Gleichgewichts zum Ausdruck kam. Nur bestritt er die Behauptung, daß die Verteidigung der Adelseinrichtung von ihm etwa aus Rechthaberei geführt werde; er führe sie,

weil die Regierung die Bedeutung dieses Instituts in Lippe in so schikanöser Weise herabgewürdigt habe.

Blomberg war mit seinem Aufsatz zuerst fertig geworden und hatte ihn nach seinem Auftrage an Anke zur weiteren Aussprache abgegeben. Wie erstaunte er, als Anke hinterher einen eigenen Aufsatz herausbrachte, in dem er seine Gedanken nur zum Theil wiederfand. Anke hatte es nicht einmal für zweckmäßig gefunden, sie ihrem Wortlaut nach seiner Ausarbeitung einzuverleiben. Die beiden Männer piffen sich eklig an, Anke behauptete, er sei nach seiner Dienstanweisung der alleinige Redaktör.

Anke war gegen das Zweikammersystem und lehnte es rundweg ab, die im Augenblick inopportune Auffassung Blombergs in seiner Gegenerklärung aufzunehmen. Revolutionsgeist sei nicht im Sinne des wohlhabenden ansässigen Bürgers, sondern des Wüstlings in jeder Klasse, Catilina und Mirabeau, beide altadlige Vertreter, seien die besten Beispiele. In dieser Meinung wurde er rückhaltlos von Schlosser unterstützt, der nicht einzusehen vermochte, wozu die schroffe Herabsetzung des Bürgerstandes dienen sollte.

Weder durch Schlosser noch durch Anke ließ sich Blomberg beirren. Er blieb bei seiner Meinung. Niemals, so sagte er, würde das bloße wohlervorbene Recht den Adel schützen. Nach ihrer Zusage würde die Regierung die Rechte der Stände im ganzen retten, aber die Vorrechte des Adels würden dabei untergehen. Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, die Einfälle der übrigen Mitglieder zu diesem Streit zu lesen. Die lippischen Adligen sind Heißsporne, Junker, die sich aufreßen, wenn man sie gegenüber ihren Standesgenossen im Reich deklassieren will. Sie scheuen kein Schimpfwort, um ihren empörten Seelen Luft zu machen. Ob sie aber ihre Zeit verstanden? Man lächelt, wenn man hört, wie entsetzt sie bei dem Gedanken sind, daß der Adel mit dem Gelehrtenstand gleichgeschaltet werden soll. Bis man sie aufmerksam macht, daß es in Lippe überhaupt keine Gelehrten gab,

und daß Staatsdiener nicht als Volksvertreter in Frage kamen. Immer wieder und wieder mußten sie von ihren bürgerlichen Kollegen, die doch weitaus politischer dachten, beruhigt und aus ihrer Welt mittelalterlicher Anschauungen in die Gegenwart zurückgeführt werden. Es kann nicht leicht gewesen sein, sich mit diesen Herren zu verständigen, die in jeder freien Meinungsäußerung schon eine Revolution witterten.

Es waren nicht die einzigen Streitpunkte. Anze ist für Schluß der Debatte, die anderen nicht, um dem Vorwurf zu entgehen, als hätten sie böswillig abgebrochen. Anze will nur noch über die Erweiterung der Volksvertretung verhandeln, Blomberg besteht auf der Forderung, daß die Grundlage aller weiteren Verhandlungen die Wiederherstellung der alten landständischen Verfassung bleiben muß. Anze weigert sich gegen eine Widerlegung Punkt für Punkt, um sich nicht andauernd wiederholen zu müssen, dringt damit aber selbst bei seinen bürgerlichen Kollegen nicht durch.

Allmählich war die Aussprache weitläufig geworden, man debattierte uferlos hin und her, geriet immer tiefer in Einzelheiten, und es war bereits September. Die ersten Entwürfe müssen vollkommen umgearbeitet werden. Blomberg schlug vor, nur eine ganz kurze Erwiderung herauszubringen, in der neben der Widerlegung der arrogante Ton der Regierung getadelt, die Voraussetzung, daß die Verfassungsurkunde von 1819 unumstößlich sei, und die Abgeschmacktheit, mit den Ständen zu unterhandeln, ohne ihre Legitimität anzuerkennen, gebührend abgefertigt und dann als Abschluß die Wiederaufnahme der Beschwerde beim Bundestag angekündigt wurde.

In diesem Sinne wurde am 18. Dezember den fürstlichen Kommissaren eine Gegenerklärung zugestellt, die in gedrängter Ausführung den Rahmen aller ständischen Forderungen wiederherstellte und nur versprach, daß der Adel sich auf eine gewisse Stimmenzahl beschränken werde, obwohl die Ritterschaft ein

wohlerworbenes Recht auf Virilstimmen habe, unter der Voraussetzung, daß ihm die erste Kurie ausschließlich eingeräumt blieb. Überall aber zwischen den nackten Tatsachen wetterleuchtete das Geistesgut des Hauptmanns v. Blomberg als Vertreters der Ritterschaft, wenn er unermüdlich betonte, daß mit der Erhaltung des Adelsstandes auch das monarchische Prinzip erhalten blieb, während die Urkunde von 1819 an die Stelle der Stände von Ritterschaft und Städten zwei neue Stände von Eximierten und Häuserbesitzern setzen will. Ein im Staatsrecht bisher ganz unerhörtes Verfahren, wie er meint, das nicht einmal folgerichtig durchgeführt sei, da sonst der lippische Bauernstand mehr Stimmen haben müßte als die beiden anderen Klassen zusammen. Nur der Adelsstand mit seiner erblichen Legitimität ist die notwendige Stütze der Throne. Zum Schluß war gesagt, daß die Stände, falls die Regierung sich nicht entschloß, sie in ihrem öffentlichen Charakter förmlich und ausdrücklich wieder anzuerkennen, sich genötigt sehen würden, die Unterhandlungen abubrechen und Hilfe bei der Bundesversammlung zu suchen, wo sie ihnen schon einmal geworden.

Die Regierung sieht ein, daß auf schriftlichem Wege nichts zu erreichen ist. Man bedauert das „indignierende Product“, das noch hat erscheinen müssen. Allenfalls die Zuweisung einer bestimmten Stimmenzahl bietet eine Verhandlungsmöglichkeit. Aber man tat einstweilen nichts. Man wird abwarten, was der Kongreß von Verona zeitigt und wie sich der Bundestag auf ihn einstellt. Hinterher fand man vielleicht eine Grundlage für mündliche Verhandlungen.

Die Stände hatten nur vier Wochen warten wollen, dann gedachten sie Schlosser um Wiederaufnahme des Prozesses zu ersuchen. Inzwischen betrieb Blomberg den Zusammenschluß der noch nicht aufgeschworenen Mitglieder der lippischen Ritterschaft. Allein Schlosser hat kein Vertrauen. Für ihn handelt es sich nicht mehr um die Frage, auf welcher Seite Recht oder Unrecht

ist, sondern ob die Bundesstaaten der Bundesversammlung gestatten werden, einzuschreiten und in welchem Umfange. Wer vermochte in diesen politischen Nebel einzudringen? Noch in jedem Briefe riet Schlosser, zuvor alle Möglichkeiten zu erschöpfen. Nicht Zweckmäßigkeit und Loyalität, nicht Pflicht und Ehre sind ausschlaggebend, sondern Rücksichten, die niemand voraussehen kann und die niemand kennt.

Also ein Erinnerungsschreiben? Die Adligen brausen auf, als sie davon hören, die Bürgerlichen heben den Finger. Der Kongreß von Verona war für Metternich eine schwere Enttäuschung gewesen, seinen Versuch, die Karlsbader Beschlüsse dort aufleben zu lassen, hatte man schroff abgelehnt. Alle Umstände ließen vermuten, daß man eine noch strengere Beschränkung der Bundesversammlung plante. Schlosser wurde mit jedem Tage pessimistischer.

Für keine Seite war die nächste Zukunft klar. Der Regierungsrat von Meien wurde ermächtigt, mit Anke unverbindlich zu sprechen. Überraschend „auf Flügeln des Windes“, als sei ein besonders günstiger Augenblick eingetreten, wie Meien scherzt, stürzen sich die ständischen Vertreter auf diese kaum erwartete Aufforderung und zeigen auffallend viel Neigung zu gütlicher Übereinkunft. Alles was Anke an vorbereitenden Ausarbeitungen liegen hatte, einen vollständigen Kommentar zur Verfassungsurkunde von 1819 im Sinne der alten Landstände, übersandte er umgehend zur Kenntnis. „Ich hoffe auf diesem Wege ein glückliches Resultat“, schrieb er in gehobener Stimmung an Schlosser noch vor der Besprechung.

Am 4. und 5. April (1823) traf man sich in Salzaufsen. Meien will nur hören, was über die Bildung der Volksvertretung noch zu sagen war. Allein Anke drängt ihn auf das allgemeine Thema über die ständischen Rechte, da die Stände wünschen, daß beide Beschlüsse in einer Urkunde vereinigt werden. Schließlich muß man aber doch zu der nächstliegenden Aufgabe zurückkehren.

Anke verlangt für die adligen Rittergutsbesitzer die besondere Kammer mit Virilstimme. Das muß Meien rundweg ablehnen. Vergebens windet man sich lange hin und her. Endlich einigt man sich auf folgende Berichterstattung: Der Landesherr wird außer den bisherigen landtagsfähigen Gütern noch die bestimmen, deren Eigentümer den ersten Stand bilden sollen. Dieser erste Stand wird sieben Repräsentanten aufstellen, vier Adlige und drei Bürgerliche, entweder nach Wahl oder abwechselnd nach Turnus. In Steuersachen stimmen die sieben Abgeordneten gemeinschaftlich mit dem Landtage, in anderen Fällen abgesondert als ritterschaftliche Kurie. Ein Sonderrecht in Steuersachen erklärt Meien für bedenklich, will es aber als Vergleichspunkt gelten lassen. Dagegen muß er die eigene Kurie als Pairskammer ablehnen. Für die Städte verlangt Anke das Zugeständnis, Bürgermeister und Syndikus zu wählen oder zur Bestimmung eines Abgeordneten eine besondere Wahl anzustellen. Grundvermögen will er nicht anerkennen, da er Mietsleute, Beamte und angesehene Staatsbürger ohne Grundbesitz nicht übergehen kann. Meien aber kann wegen Gleichartigkeit der Wahl nur die Wahl von Bürgermeister und Syndikus ohne Grundvermögen zugeben. Bei der Wahl des dritten Standes war nichts zu erinnern.

Anke übersandte hinterher noch den Entwurf zu einer Verfassungsurkunde, wie er sie sich dachte, mit einer umfangreichen akten- und urkundenmäßigen Darstellung der bisherigen landständischen Einrichtung in Lippe. Von letzterer war bereits die Rede gewesen, wir hörten, welches Kopfzerbrechen ihr geschichtlicher Nachweis gemacht hatte. Dagegen las man in dem Verfassungsentwurf einige auffallende Neuigkeiten. Die Rittergutsbesitzer üben ihr Landtagsrecht durch neun Abgeordnete aus, sechs Adlige und drei Bürgerliche, jeder Stand wählt aus seiner Mitte oder bestimmt die Deputierten durch Turnus (§ 2). Die bisherige Einteilung der Stände in den beiden Kurien

der Ritterschaft und der Landschaft wird beibehalten (§ 4). Die ritterschaftliche Kurie besteht aus den neun Deputierten der Rittergutsbesitzer, die landschaftliche Kurie aus den Abgeordneten der Städte Lippstadt, Lemgo, Horn, Blomberg, Salzuflen, Detmold, Barntrup und Flecken Lage und aus den bereits gewählten sieben Abgeordneten des Bauernstandes (§ 5). Barntrup und Lage wechseln ab (§ 6). Den Gemeinden wird überlassen, ob ihre Abgeordneten wie bisher von den Magistraten oder durch allgemeine Wahl bestimmt werden (§ 7). Auf die jetzigen Landstände gehen alle die Rechte und Pflichten über, welche ihre Vorfahren des letzten Landtags im Jahre 1805 zustanden und oblagen und durch dies Landesgrundgesetz keine Veränderung erleiden (§ 9). Auch hinsichtlich der Ausübung der landständischen Rechte bleibt es bei der Verfassung, wie sie im Jahre 1805 noch bestand (§ 16). Die Stände beratschlagen in demselben Zimmer, trennen sich bei der Abstimmung jedoch in zwei Kurien (§ 12). Zur Geschäftsleitung wird in jeder Kurie ein Vorstand erwählt (§ 17).

Die Regierung will in einigen Punkten nachgeben. Ausgeschlossen bleibt allerdings die eigene Kammer für die Ritterschaft. Aber der Regierungsdirektor macht den Vorschlag, falls die Ritterschaft auf die besondere Kurie bestand, ihr eine eigene Stube, also ein Fraktionszimmer, zu bewilligen, jedoch nur unter der Bedingung, daß alle Beratungen und Abstimmungen im Landtag gemeinschaftlich waren. Vielleicht kann man dem ersten Stand den Titel „Ritterschaft“ geben? Auch der Turnus macht keine Schwierigkeit. Ebenfalls hat man gegen das Reservatrecht bei Abstimmungen keine Bedenken, wenn nur in Steuer-sachen und bei Verfassungsfragen gemeinschaftlich abgestimmt wurde. Unerörtert war bisher die Frage des Wohnsitzes geblieben. Die Regierung wird jetzt darauf unter allen Umständen bestehen, daß kein Ausländer ein Landesstand sein darf.

Ange ist voller Hoffnung. Allein er läßt keinen Zweifel, daß die Stände nicht nachgeben, wenn man nicht den Zustand von 1805 wiederherstellt und die vorgelegte Verfassungsurkunde zurückzieht. „Mögen die Depositäre der Volksrechte sich ändern, die Rechte selbst müssen ungeschmälert bleiben!“ Die schwierigste Aufgabe liegt immer noch in der Lösung der Kammerfrage. „Wenn hierin nur nicht alle unsere Bemühungen scheitern!“ Nimmt man einen Bürger- und Bauernstand an, warum dann nicht einen Adelstand? Warum sollen nicht die bürgerlichen Gutsbesitzer in den adligen ihre Repräsentation finden können, wenn sie an der Wahl derselben teilnehmen? Die Aussprache am 26. Juni brachte kaum ein neues Ergebnis. Die Regierung erklärte sich entschieden gegen zwei Kammern, versprach aber die Fortdauer des verfassungsmäßigen Bestehens der Ritterschaft etwa bei Abstimmungen sicherzustellen.

Nach diesen Vorarbeiten wurden die ständischen Vertreter zum 30. August (1823) zu einer Konferenz eingeladen. Auf beiden Seiten weiß man, daß noch große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Im Lande selbst, so hören wir¹⁾, merkte man kaum etwas von diesen Gegensätzen. Alles ging seinen Gang, man werfelte an seiner Tagesarbeit herum und war zufrieden. Niemand kümmerte sich um die Opposition. An manchen Stellen freilich erwartete man mit Ungeduld die Auswirkung der 1819 vollzogenen Wahlen. Es kann auffallen, daß bisher keine Deputation vorstellig geworden war. Man war in diesen Kreisen politisch noch traumbefangen.

Ende Juli brachte die Frankfurter Oberpostamtszeitung in mehreren Nummern einen ausführlichen Bericht über die Reklamation der Prälaten und Ritterschaft des Herzogtums Holstein, die die Vermittlung

¹⁾ Schr. Klostermeiers an Kammerdirektor Helwing vom 15. August 1823, in Klostermeiers Nachlaß Nr. 22 Paket X.

des Bundestags um Erhaltung ihrer landständischen Verfassung und ihrer Steuergerechtsame unter Berufung auf den Art. 56 der Wiener Schlußakte angerufen hatten. Der Fall lag nicht gleich, hatte aber doch eine sehr ähnliche Grundlage wie die lippische Streitsache. In Holstein war seit 1712 kein Landtag mehr berufen worden. Durch die Einverleibung Holsteins in die dänische Monarchie im Jahre 1806 war die altlandständische Verfassung vollends als aufgehoben anzusehen. Der König hatte dem Lande 1815 zwar eine Wiederherstellung versprochen, löste aber sein Versprechen erst 1834 ein, indem er nach preussischem Muster Provinziallandstände einführte. Die Reklamation war vollkommen aussichtslos. Die Bundesversammlung lehnte es ab, eine Verfassung zu schützen, die schon längst nicht mehr in anerkannter Wirksamkeit bestand.

In der Abstimmung des kaiserlichen Bundestagsgesandten las man folgende bedeutsamen Sätze: „Der bedächtige Deutsche wird um des umsichtigen und alles wohl erwägenden Vorgangs seines Fürsten willen nicht Mißtrauen in die Reinheit des Willens der Regierung setzen, und der treue Deutsche wird um dieser, alle Rücksichten mit landesherrlichem Sinne wohl umfassender Sorgfalt willen, sich nur noch inniger an seinen Landesfürsten anschließen.“ Und weiter: „Die Bundesversammlung ist berufen, nicht Mißtrauen gegen ihre erhabenen Committenten zu erzeugen, sondern Vertrauen zu befestigen. Wenn sie sich früher bestimmt finden konnte, von einzelnen Regierungen Erklärungen über den Zeitpunkt der zu gebenden Verfassung zu wünschen, so geschah dies vor der Schlußakte, in welcher die Grenze ihres Wirkungskreises in Verfassungssachen bezeichnet, so wie die dießfälligen Verpflichtungen der souveränen Fürsten des deutschen Bundes so fest und so bestimmt geregelt worden sind, daß über Zweck und Deutung kein Zweifel seyn kann.“ Auffallend pikant war es zugleich, daß in dieser österreichischen Abstimmung der

Referent der Holsteiner Sache als altlandständischer Ultra bezeichnet wurde. Heute! Es war das derselbe Bundestagsgesandte, der im September 1819 auch in der lippischen Sache referiert hatte, ein Hauptgegner der Fürstin Pauline in Frankfurt.

Die lippischen Herren setzten trotzdem eine zuversichtliche Miene auf. Was ging sie Holstein an? Die Holsteiner waren selbstverständlich außer Wirksamkeit, sie aber hatten nie aufgehört wirksam zu bleiben. Dies Lied hatte man schon immer gesungen.

In der Konferenz am 30. August blieb alles weiter in der Schwebe. Bevor man in die Beratung eintrat, verlangten die vier ständischen Vertreter die Erklärung, daß die Rechte der alten Landstände ungeschmälert auf die künftigen Landstände übergingen. Das hielten die fürstlichen Kommissare für unnötig, da die Urkunde von 1819 schon die entsprechenden Versicherungen enthielt. Sie wollten aber den Antrag nochmals in der Regierung vortragen, da eine Erklärung etwa in der Form angängig war, daß die erweislichen Rechte der alten Stände, soweit die Volksvertretung von ihnen nicht berührt wurde, auf die neuen Stände übergehen. Sie wiederholen aber, daß keine Zusicherung ohne vorausgehende Verständigung über die Volksvertretung zu erwarten sei.

Dann erklärten die Kommissare weiter, daß zur Repräsentation des ersten Standes vier adlige und drei bürgerliche Gutsbesitzer zu wählen seien, und daß die Beibehaltung zweier Kurien aufhören müsse. Dagegen wird man in Fällen, wo besondere Standesrechte eines der drei Stände in Frage kommen, eine gesonderte Beratung (*itio in partes*) nachgeben. Die ständischen Vertreter machten ihre bekannten Schwierigkeiten. In der Erteilung von vier Stimmen unter 21 sieht man keinen Ersatz für Aufgabe von Virilstimmen und gesonderten Kammern. Ebenfalls hält man die gesonderte Beratung (*itio in partes*) für keinen Ersatz. Doch die Kommissare weigern sich, über diese Erklärung überhaupt zu berichten. Zwei Kurien

werden unbedingt nicht bewilligt, auch ist der Adelsstand durch das Übergewicht seiner vier Stimmen über die drei bürgerlichen in seinen besonderen Rechten hinlänglich geschützt.

Von der Notwendigkeit einer Vermehrung der bisherigen Zahl der landtagsfähigen Güter überzeugten sich die adligen Herren zwar nicht, aber darüber wird man sich schon verständigen. Eine Passivwahlfähigkeit der auswärtigen Gutsbesitzer wird die Regierung nicht einräumen, die Kommissare versprachen aber, den Punkt nochmals vorzutragen, obwohl sie keine Hoffnung auf Entgegenkommen machten. Für die Wahl in den Städten schlugen die ständischen Vertreter vor, daß entweder der Stadtsyndikus, falls er nicht selbst gewählt war, den Landtagsabgeordneten begleitete und mit ihm die Abstimmung besprach, oder daß den Personen, die den Magistrat wählten, auch die Wahl der Landtagsabgeordneten zufiel. Über die erste Alternative ließen die Kommissare mit sich reden, den zweiten Punkt jedoch lehnten sie unbedingt ab, da bei dieser Wahlordnung zuviel Wähler ausgeschlossen waren.

Für diesen Tag hatte man genug, und man vereinbarte eine neue Zusammenkunft am 11. Oktober. Aber es kam nicht dazu. Der Fürst lehnte eine förmliche Anerkennung der ständischen Rechte ab. Die Stimmenverteilung im ersten Stande war ihm recht, aber das Zweikammersystem wünschte er nicht. Auch lehnte er die vorgeschlagene Wahlordnung in den Städten ab. Dagegen wurde den Ständen die besondere Beratung eingeräumt.

Nach dieser Erklärung muß Anke selbst um Aussetzung der zweiten Konferenz bitten. Es ist zwecklos, nochmals zusammenzukommen, solange nicht die Urkunde von 1819 zurückgezogen war. Auf einem Konventstage in Lemgo am 21. Oktober faßten die Stände den einmütigen Beschluß, eine neue Beschwerde beim Bundestag einzureichen. Zu dieser Zusammenkunft waren auch die nicht aufgeschworenen

adligen Besitzer landtagsfähiger Güter eingeladen worden, was nicht verfassungsmäßig war.

Wie aber soll man diesen Beschluß formulieren, ohne den Fürsten zu kränken?

Noch besorgniserregender war, was Schloffer zu der Wendung sagte. Schloffer hatte auch die Holsteiner Prälaten und Ritter vertreten und war voll tiefster Niedergeschlagenheit. Den Schlüssel zu der immer etwas unklaren Frankfurter Politik fand er jetzt in den Worten der österreichischen Abstimmung: „Die Bundesversammlung ist berufen, nicht Mißtrauen gegen ihre erhabenen Committenten zu erzeugen, sondern Vertrauen zu befestigen.“ Man will die Bundesversammlung nicht als Organ ansehen oder angesehen wissen, durch das Untertanen, selbst tief gekränkte Untertanen, zumal in Nöten politischer Art, Hilfe gegen ihre Regierungen erhalten können. So war Schloffer entschieden davon überzeugt, daß auch die lippischen Stände sowenig Hilfe zu erwarten hätten wie die Holsteiner.

Wie noch stets, ging dem Hauptmann v. Blomberg das Temperament durch. Er wehrte sich fast handgreiflich gegen die Anschauung der Regierung, als handelten die Stände aus Privatinteressen, als kämpften sie um die Erhaltung von Privatrechten, als wären sie Privatpersonen. Ein Grauen überlief ihn, wenn er von einer Fortsetzung der Vergleichsverhandlungen hörte. Schluß damit — und recht deutlich! schrie er jedem ins Gesicht. Anze hatte einen Entwurf zu einer Erklärung vorgelegt. Dem Hauptmann mißfiel die allzu bescheidene Sprache gegen den Fürsten. Mochten die Kollegen die Handlungsweise der Fürstin Pauline zu erklären suchen, er hatte eine Wut auf sie.

Auch ihn will Schloffer umstimmen und bittet den Geheimen Legationsrat v. Blomberg in Frankfurt, auf seinen Bruder einzuwirken. Unmöglich darf die Erklärung die Form einer Anklage haben. Jedes Wort, jeder Ausdruck muß mit diplomatischem Takt abgewogen werden. Alles kam darauf an, wie die

Bundesversammlung den Art. 56 auslegte. Aber das war kaum zweifelhaft, da bereits eine protokollierte Interpretation in einer hessischen Abstimmung vorlag, die sagte: „nur solche landständische Verfassungen können in anerkannter Wirksamkeit bestehend verstanden werden, welche entweder neuerdings entstanden oder, wie in den fgl. sächsischen und großherzoglich mecklenburgischen Staaten seit alten Zeiten beibehalten, wirklich in Gebrauch und Übung damals (1820) vorhanden gewesen ¹⁾.“ In diesem Sinne war demnach der holsteinische Fall mit dem lippischen wesentlich identisch.

Ange fertigte einen zweiten Entwurf an. Wochenlang lief dies Schriftstück wiederholt bei denselben Herren um. Blomberg ist nicht mehr so schroff. Seine Kollegen wollen keinesfalls die Höflichkeit verletzen, da man jetzt unmittelbar mit dem Landesherrn spricht. Finden sich die Herren zu Dank verpflichtet, gut — dann will er mit seinen undankbaren Gesinnungen kein Hindernis abgeben. Nur Unwahrheiten leidet er nicht! Über die „Paulinische Chicane“ kann er nun einmal nicht fort! In der Einleitung zu ihrer Verfassungsurkunde liest er nur schöne Worte, um den Ständen Rechte zu entziehen. „Das Wagestück, sie vorzubringen, ist bei jemandem, der wie eine Vormünderin, eine Regentin, oder eine Fürstliche Regierung eine öffentliche Ehre zu menagieren hat, psychologisch nur erklärbar durch die rasche Progression, mit der derjenige, der sich einmal über die Schranken des Rechts weggesetzt hat, von einem heillosen Zufluchtsmittel zum andern getrieben wird.“

Erst am 22. Februar 1824 wurde die ständische Erklärung unterschrieben. Noch einmal wird in aller Ausführlichkeit, aber in untertänigsten Ausdrücken und in ruhiger, sachlicher Form die Handlungsweise

¹⁾ Protokoll der Bundesversammlung vom 10. Juli 1823.

der Stände verteidigt und zum Schluß erklärt, daß man die Verfassungsurkunde von 1819 nicht anerkennen könne.

2. Die Beschwerde der Stände am Bundestage 1824—1826

Im Augenblick sind die Rollen klar vorgezeichnet. Der Fürst verlangt unbedingte Annahme der Verfassungsurkunde von 1819, die Stände lehnen sie ab und fordern die Wiederherstellung ihrer altlandständischen Verfassung. Die übrigen Streitpunkte hängen mehr oder weniger von der Lösung dieses Gegensatzes ab.

Jetzt hat die Bundesversammlung abermals das entscheidende Wort zu sprechen. Unaufgefordert schickt Schloßer den Entwurf zu einer Eingabe, wie er sie politisch für zweckmäßig hält. Doch diese Eingabe mißfiel seinen Auftraggebern, da der wesentlichste Punkt, daß die altlandständische Verfassung im Augenblick noch anerkannt sei, in ihr fehlte. Anke entwarf einen neuen Aufsatz. Als wichtigste Anlage wird der Beschwerde eine Gegenüberstellung der altlandständischen und der neuen Verfassung beigegeben. Sie macht die meisten Schwierigkeiten. Manche von diesen Rechten, die verzeichnet wurden, müssen wirklich erst nach Überwindung eingehender historischer Vorarbeiten zurechtgezimmert werden. Schloßer war von dieser Anlage, so lehrreich und interessant ihre Durchsicht war, durchaus nicht erfreut, da nach seiner Meinung jedes Eingehen in Einzelheiten nur dazu dienen konnte, beim Vortrage oder bei den Abstimmungen verfängliche Bemerkungen und Entgegnungen zu veranlassen.

Am 8. Mai (1824) kann alles unterschrieben werden. Seit Ende Juni läuft die Beschwerde am Bundestag.

Soweit der Bundestagsgesandte der 16. Kurie, zu der Lippe gehörte, Freiherr v. Leonhardi, etwas erfahren konnte, ging die Bundesversammlung ungern

an diese delikate Sache heran. Im Vertrauen sagte man ihm, daß die alte Verfassung allerdings zu aristokratisch sei, daß aber auch die neue Verfassung in mehreren Punkten dem monarchischen Prinzip, das notwendig zwei Kammern erfordere, und auch hier und da der Wiener Schlußakte widerspräche. Um aber allen Verlegenheiten einer Entscheidung aus dem Wege zu gehen, wünschte man eine kurze Erklärung der Regierung etwa in der Form: daß der Fürst nicht einsähe, was die Stände habe veranlassen können, sich an die Bundesversammlung zu wenden, da er die Verhandlungen nicht abgebrochen hätte und nur wünschte, daß sich die Stände auf eine Weise herbeiließen, die zur Einigung führte; dann würde er überall gern nachgeben, wo dies nur zum Wohl des Landes mit Berücksichtigung des monarchischen Prinzips und den Vorschriften der Schlußakte zu tun möglich und rätlich sei. Diese Erklärung würde genügen, so meinte man, um die Stände daran zu erinnern, die abgebrochenen Vergleichsverhandlungen fortzusetzen. Einmal war zu befürchten, daß sich der Fürst von Bückeburg wieder einmischte, und dann, daß man doch die Frage nach der anerkannten Wirksamkeit der alten Verfassung leicht zuungunsten der Regierung beantwortete.

Die Regierung zögerte nicht, diesem Wunsch nachzukommen. Als am 26. August (1824) die ständische Eingabe am Bundestage zum Vortrag kam, ging die Kommission, der man die Bearbeitung übertragen hatte, zunächst nicht auf die Sache ein, sondern beantragte, daß die lippische Regierung zu einer Erklärung aufgefordert würde. Leonhardi war in der Lage, sofort zu Protokoll zu geben, daß die Verhandlungen seitens der Regierung keineswegs abgebrochen wären, sondern als fortbestehend betrachtet würden. Nach dieser Bekanntmachung schloß der Präsident die Sitzung mit der allgemeinen Stimmung, daß man der Erklärung um so vertrauensvoller entgegen sehe, als

die vorläufige Äußerung des lippischen Bundestagsgesandten diese Erwartung vollkommen rechtfertige.

Äußerlich war für beide Parteien Nachtheiliges nicht vorgefallen. Allein Leonhardi hatte sehr diplomatisch nur einen ganz kurzen Auszug aus dem Erlaß der Regierung zum Vortrag gebracht, da nach seiner Beurteilung in der ständischen Beschwerde die Hauptfrage nach der anerkannten Wirksamkeit der alten Verfassung besser begründet war als in der Darstellung der Regierung. Die Regierung hatte überhaupt nichts bewiesen. Stellte man Gründe und Gegenstände einander gegenüber, dann konnte die Regierung in der That nur schwer behaupten, daß die alte Verfassung seit 1806 faktisch nicht mehr bestand. Sie hatte gelegentlich auch anders gesprochen. Und daß gar die Stände je daran gedacht hatten, freiwillig ihre alte Verfassung und mit ihr ihre Rechte preiszugeben, selbst wenn einmal ein abschwächendes Wort gefallen war, konnte doch im Ernst niemand versichern. Der Nachweis enthielt schon Advokatenkniffe. Auch standen in dem Art. 56 nicht die Worte, daß die „zur Zeit ihrer Abfassung“ bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden konnten. Als Normalzeit galt demnach nicht das Jahr der Schlußakte (1820), sondern das Jahr der Bundesakte (1815). Wie man die Sache auch drehte und wandte, es mußte erst der Bundesversammlung unwiderleglich nachgewiesen werden, daß die alte lippische Verfassung schon seit 1806 außer Wirksamkeit gekommen war und die Regierung seit jener Zeit stets die Absicht gehabt hatte, sie abzuändern oder aufzuheben. Das war ein sehr schwieriges Thema und lag weit ungünstiger als bei den Holsteinern. Daher riet Leonhardi dringend zum Vergleich.

Damit war die Entscheidung zunächst weit hinausgeschoben. Von den Regierungsräten will niemand die weitere Bearbeitung übernehmen, man glaubt sich besser beschäftigen zu können. Allein Leonhardis un-

bequeme Vorstellungen gehen den Herren doch im Kopfe herum. Die Urkunde von 1819 ist nun einmal das Hindernis. Vielleicht würde man dem Andenken der Fürstin mehr dienen, wenn man sie durch eine ganz neue Verfassung ersetzte, als wenn man sie weiteren Diskussionen und Abänderungen unterwarf. Kein Zweifel, die Regierung muß daran denken, sich umzustellen. Ewig sitzt man in seinen vier Wänden und weiß nicht, was in der Welt vorgeht. Endlich wird Kammerdirektor Helwing beauftragt, unverbindlich die Vergleichsverhandlungen wieder anzuknüpfen.

Auch an den Ständen können die letzten Vorgänge am Bundestag unmöglich spurlos vorübergegangen sein. Der arg verbitterte Rat Schloßer hat seine Advokatur aufgegeben. Als seinen Nachfolger hat er Dr. Harnier, den Neffen des unlängst verstorbenen großhessischen Gesandten v. Harnier, vorgeschlagen. Dr. Harnier ist nicht ganz ohne Zuversicht. Die Aufforderung der lippischen Regierung zu einer Erklärung hat er so aufgefaßt, daß damit die Anerkennung der noch bestehenden Stände ausgesprochen war. Aber er teilt durchaus nicht die Ansicht, daß ihre Anerkennung unbedingt zur Vorbedingung der fortzusetzenden Unterhandlungen zu machen sei. Es sei eine unbegreifliche Verkennung ihrer Stellung, so tadelt er, wenn sie in ihrer geringen Anzahl die Landesverfassung zu beeinflussen gedenken. Es genügt, wenn sie bei der Wiedereröffnung der Aussprache ihre Gerechtsamen verwahren. Überhaupt rät er dringend, nicht so viel von ihren Rechten zu sprechen, das höre man an größeren Höfen nicht gern.

An Ermahnungen, die Pflöcke zurückzustecken, fehlt es nirgends.

Helwing begann in den ersten Novembertagen. Die Stände hatten diesmal Blomberg vorgeschickt. Was Helwing zunächst vernahm, war wenig tröstlich. Die Ritterschaft wird in keinem Punkte etwas nachgeben, erklärt ihm der Hauptmann, niemals die Verfassung

von 1819 annehmen. Er ist der Meinung, daß man von jeder Verfassungsurkunde absehen und erst einmal die Punkte feststellen müsse, auf die es ankomme und in denen man uneins sei. Vereinigt man sich, dann wird die Paulinische Verfassung zugrunde gelegt, aber der Fürst fügt in einer Zusätze die Veränderungen hinzu, die vereinbart sind. Das war ein neuer Gedanke.

Allein die Stände werfen jetzt einen frischen Zantapfel in den Streit und fordern das Einspruchsrecht bei der Gesetzgebung (*votum negativum*). Wann ist dies angebliche Recht je Herkommen gewesen, fragt man in der Regierung. In den Landtagsabschieden von 1786 und 1800 ist es ausdrücklich abgelehnt worden. Man ist sehr in Sorge. Gab man in diesem Punkt nach, dann hatte man die Mitregentschaft, ein Zustand, der dem monarchischen Prinzip gewiß widersprach. Blomberg erklärt: er sei ein eifriger Anhänger der Legitimität, der alten Fürstenhäuser, überhaupt des obrigkeitlichen Ansehens, er sei auch nicht der Meinung, daß die Regierungsform der unumschränkten Monarchie durchaus und unter allen Umständen verwerflich sei, allein eine ständische Verfassung ohne entscheidende Stimme der Stände bei der Gesetzgebung sei ein wertloses, eitles, leeres Schauspiel. Dazu werde er sich nicht hergeben.

Helwing will den Abbruch vermeiden und ist bereit, die ständische Teilnahme an der Gesetzgebung in allgemeiner Form einzuräumen. Es konnten immerhin Zeiten vergehen, ehe Regierung und Stände einmal über ein zu erlassendes Gesetz in Uneinigkeit gerieten, dann ließ sich die Frage immer noch erörtern. Blomberg fand diesen Ausweg annehmbar.

Um endlich wieder zu einer Konferenz mit den fürstlichen Kommissaren zu kommen, wird Blomberg selbst einen neuen Entwurf auf der Grundlage der Verfassung von 1819 mit den von den Ständen gewünschten Abänderungen ausarbeiten. Seine Kollegen suchen ihm diesen Gedanken auszureden, er sah aber

keine Schwierigkeiten, wenn nur der Fürst den Erlaß einer Zusatze verſicherte.

Dennoch machte es eine heilloſe Mühe, die Rechte der Stände in die Pauliniſche Verfaſſung einzuzwängen. Blomberg verlangt die Organifation der Ritterschaft als verfaſſungsmäßige Körperschaft mit eigener Kurie. Für die Städte machte er verſchiedene Vorſchläge. Ihre Stimmen beruhen auf den Bürgerſchaften, die den Bürgereid geleistet haben. Entweder ſoll der Landtagsabgeordnete wie bisher aus dem Magiſtrat entſandt werden, oder er wird von den gleichen Perſonen gewählt, die den Magiſtrat wählen, oder endlich die Bürgerſchaften beſchließen nach der beſonderen Verfaſſung einer jeden Stadt über die Art der Ausübung ihrer ſtändiſchen Rechte. Und ſchließlich verlangt er auch eine Überprüfung der Wahlordnung für die Wahl der Deputierten des Bauernſtandes, die Stimmen des Bauernſtandes ſollen nicht auf Kopf- und Kolonatzahl, ſondern auf benannte Landesteile feſtgelegt werden.

Wie Blomberg zuletzt aber die von ihm durchkorrigierte und kaum noch überſichtliche Verfaſſungsurkunde betrachtet, fragt er, ob der Fürſt nicht klüger täte, ſich zu einer neuen Verfaſſung zu entſchließen? Alles iſt ſo gründlich durchgeſprochen, daß die Regierung viel Vollendeteres geben kann. Undenkbar, daß dem Namen der Fürſtin Pauline dabei eine Schmach zugefügt wird! Wieviel tauſendmal hat ein Fürſt Verfügungen ſeiner Vorgänger, und oft auch ſehr bedeutender Vorgänger, abgeändert und mit Nutzen abgeändert. Soll es nicht möglich ſein, dieſe Verhandlungen damit zu beendigen, daß der Fürſt den Ständen verſprach, eine andere Verfaſſung zu geben, in der ihre Wünſche befriedigt wurden?

Das war Blombergs Neujahrsüberräſchung!

Das Schickſalswort, oft gedacht, zuweilen angedeutet, war geſprochen. Dadurch verſchob ſich das Bild vollſtändig. Kann der Fürſt die Urkunde, die er ſelbſt unterſchrieben hat, preisgeben? Regierungsrat Petri,

der treueste Ritter der Fürstin Pauline zu ihren Lebzeiten, springt hitzig für sie in die Schranken. Zum Teil wollen seine Kollegen wenigstens das System der Verfassung retten. Allein der Regierungsdirektor und Kanzler v. Funk ist anderer Meinung. Logisch urteilt er so: Der Fürst war noch minderjährig, als er unterschrieb. Der Beschluß der Bundesversammlung vom September 1819 suspendierte die Einführung der Urkunde. Sie konnte deshalb nach dem Regierungsantritt des Fürsten nicht ratifiziert werden. Infolgedessen fehlt dieser Urkunde die verbindliche Kraft.

Aber man ist lebhaft angetan, daß Helwings Privataussprachen in den Weg einer gütlichen Vereinigung geleitet werden. Der Augenblick muß ausgenutzt werden. Die Gesandtschaft in Frankfurt bekommt die Nachricht, daß die von den Ständen abgebrochenen Unterhandlungen wieder begonnen und fortgesetzt werden (11. Januar 1825). Regierungsrat v. Meien fragt Anze in einem auffallend beschwingten Ton, wann für die Kommission ein neuer Termin angesetzt werden könne (12. Januar). Da schreibt ihm Anze geschäftsmäßig, daß man so weit noch nicht sei, daß man nach den früheren Erfahrungen Mißtrauen gegen neue amtliche Aussprachen habe. Nach dem Beschluß der Bundesversammlung vom September 1819 erwartet man von der Regierung den Entwurf eines Gesetzes, das die Paulinische Verfassung nach den Wünschen der Stände abändere. Erst dann werde man sich weiter in Unterhandlungen einlassen.

Der Regierungsrat ist verschnupft, die schnöde Antwort ärgert ihn; warum mußte er voreilig schreiben? Nach dieser Mißtrauenserklärung sieht die Kommission ihre Aufgabe als erledigt an und löst sich auf. Aber man wird nicht abbrechen. Helwing bleibt in Verbindung.

Da Blomberg verreist ist, vertritt ihn Landrat v. Borries auf Eckendorf für längere Wochen. Ihm legt Helwing schon in kurzer Zeit (25. Februar) den Entwurf eines Nachtrags zur landständischen Ver-

fassungsurkunde vor. Wir müssen uns kurz mit ihm beschäftigen. Er beginnt mit folgenden Worten: „Wir finden uns bewogen, in Hinsicht der von unserer in Gott ruhenden Frauen Mutter, der Fürstin Regentin Pauline zur Lippe Liebden, in der Verfassungsurkunde vom 8. Juni 1819 erteilten Versicherung, daß es bei der Ersetzung der Stände von Ritterschaft und Städten durch eine Vertretung aller Landeseinwohner nie ihre Absicht war, Rechte zu entziehen, zur baldigen Erreichung eines segensreichen Einverständnisses besagte Urkunde durch diese nachträgliche Verordnung folgendermaßen zu modificiren.“ Bestätigt werden die Teilnahme der Landstände an der Gesetzgebung (§ 7), die Bewilligung der Steuern, die Teilnahme am pactum unionis, am pactum tutorium und am Generalhofgericht nach dem Herkommen (§ 8). Der Ausschuß besteht nicht mehr aus drei, sondern aus sechs Mitgliedern, der Landsyndikus wird lebenslänglich gewählt. Nur noch die Wahlen der ordentlichen Deputierten werden vom Landesherrn bestätigt. Der erste Stand oder die Ritterschaft setzt sich aus Besitzern der landtagsfähigen adligen Güter ohne Unterschied der Geburt zusammen, wovon die adligen Besitzer fünf, die bürgerlichen zwei Stimmen führen. Die anderen Gutsbesitzer werden durch die Städte oder den Bauernstand vertreten. Die Bedingung des Wohnsitzes beschränkt sich auf die ordentlichen Deputierten. Bei dem regierenden Bürgermeister und dem Syndikus bedarf es des gesetzlichen Grundvermögens nicht, wenn sie zu städtischen Abgeordneten gewählt werden. Während in der Verfassung von 1819 Beamte, Hofchargen und Militärs vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen waren, können jetzt Mitglieder der oberen Justizhöfe mit Erlaubnis des Regenten gewählt werden. Die Beratschlagungen der 21 Abgeordneten geschehen in gemeinschaftlichen Sitzungen, bei den Abstimmungen verteilen sie sich jedoch in zwei Kammern, deren erste aus Abgeordneten der Ritterschaft, die zweite aus Abgeordneten des Bürger- und

Bauernstandes gebildet ist, genau nach dem Vorgang der ehemaligen ritterschaftlichen und städtischen Kurien. Die in jeder Kammer besonders gewählten Landtagsdirektoren wechseln in den gemeinschaftlichen Versammlungen ab. Die Landtagsfikungen sind nicht öffentlich.

Auch nach Ansicht der Stände sind ihre wichtigsten Rechte berücksichtigt. Dennoch machen sie Einwendungen, von denen doch einige erwähnt werden müssen. Man besteht darauf, daß diese Zusatzakte im Eingang den Vermerk hat: „nach Anhörung des Gutachtens ihrer getreuen Stände von Ritterschaft und Städten...“ Diese Formel lehnt Helwing ab. Auch bestreitet er die „anerkannte Wirksamkeit“, die selbst von den Ständen verschiedentlich in Abrede gestellt sei. Dagegen befürwortet er den Vorschlag, daß jede Kurie zwei ordentliche Mitglieder für den Ausschuß wählt, da angeblich sechs zuviel kosten würden. Unter der Voraussetzung, daß Birilstimmen bewilligt würden, waren die Stände früher mit der Aufnahme von bürgerlichen Besitzern in ihrer Kurie einverstanden gewesen. Jetzt, da sie sich unabänderlich mit Kurialstimmen begnügen sollen, machen sie nochmals den Versuch, die fremdartigen Elemente abzustößen. Erstaunt ist man, daß die Wünsche der Städte in keiner Weise berücksichtigt waren. Nach früherem Herkommen wünscht man für die adligen Besitzer Volljährigkeit als Wahlalter, nicht wie jetzt allgemein 30 Jahre. Man verlangt noch aufzunehmen, daß die Auflösung des Landtags ohne Landtagsbeschluß unstatthaft sei. Man verlangt, daß auch der Landsyndikus eine beratende Stimme bekomme. Damit ist Helwing einverstanden, nicht aber mit dem Antrag, daß nach angeblichem Herkommen den Ständen bei Huldigungen vom Landesherrn Reverse ausgestellt würden. Klostermeier hat die Sache untersucht, die Behauptung aber unbegründet gefunden. Zum Schluß wundern sich die Stände, daß man übersehen hat, die Verfassung unter

Garantie des Bundestags zu stellen, was unbedingt gewünscht wird.

Über diese Ausstellungen ließ sich immerhin sprechen. Unannehmbar aber war eine weitere Anlage mit Vorschlägen wegen Veränderung der Wahlvorschriften. Helwing will die Zusammenstellung der Wahlvorschriften einem künftigen Landtage überlassen. Borries jedoch lehnt es ab, seiner Überzeugung zuwiderlaufende Punkte vorläufig anzuerkennen, wenn ihre künftige Abänderung nur von dem ungewissen Ausgang einer Nachprüfung zu erwarten sei. So bleibt Helwing nichts weiter übrig, als seinen ganzen Nachtrag vom 25. Februar als aussichtsloses Projekt zurückzuziehen. Es wird den Ständen überlassen, zu entscheiden, ob damit die Verhandlungen abgebrochen waren (20. April).

Erst im August kann Blomberg seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Er arbeitet einen neuen Vorschlag mit Abänderungen zum Nachtrag aus, soweit sie nicht schon zugestanden sind. Es ist seine Privatmeinung, sagt er Helwing, er kann nicht garantieren, daß die Stände so weitgehend nachgeben werden, aber er glaubt, daß sie es können (10. August). Auf die Einfügung der Formel „auf Anhörung ihres Gutachtens ...“ oder ähnlich verzichtet er, dagegen will er den § 1 der Paulinischen Verfassung, in dem die Stände förmlich aufgehoben sind, durch folgende Bestimmung ersetzen: „Die Stände des Fürstenthums Lippe bestehen aus zwei Cammern oder Curien, von denen die eine durch die Abgeordneten der Ritterschaft oder der adlichen Besitzer der landtagsfähigen Güter und die andere durch die der Städte und des Bauernstandes gebildet wird.“ Das ist für ihn die wichtigste Sache, die unbedingt an den Anfang gehört. Die erste Kurie besteht aus den Abgeordneten der adligen Besitzer, die Ritterschaft bildet wie bisher eine verfassungsmäßige Körperschaft. Man wird darauf verzichten, wenn die Regierung Wert darauf legt, daß alle Besitzer aufgeschworen sind, nur die Körperschaft

mit allen Rechten und Voraussetzungen wie Kasse, Statut u. ä. fordert die Ritterschaft ohne Einschränkung. Auch von dem Herkommen, daß Großjährigkeit als Wahlalter ausreicht, wird man nicht abgehen. Jede Kurie wählt zwei ordentliche Deputierte zum Ausschuß, die beiden Direktoren außerdem sind überflüssig. Dagegen verlangt die Ritterschaft als ihr unbestrittenes Recht das gesamte Präsidium. Die Abgeordneten der Ritterschaft werden mit Ausnahme der beiden ordentlichen Ausschußmitglieder zu jedem Landtag neu gewählt. Blomberg ist weiter der Zuversicht, daß die Städte zu bewegen sein werden, sich zum ersten Landtag nach der Paulinischen Verfassung wählen zu lassen, wenn ihnen die Regierung die bestimmte Versicherung gibt, daß ihnen der Fürst später erlaubt, sich nach ihrer Verfassung ein Statut über Art und Weise der Abordnung ihrer Deputierten zu machen. Auch Bürgermeister und Syndikus will er von dem gesetzlichen Wahlalter entbinden, da die Anzahl der Mitglieder auch in diesem Kreise beschränkt ist. Für die aktive und passive Wahlfähigkeit in den Städten ist nur das Bürgerrecht erforderlich. Eine Anstellung im herrschaftlichen Dienst und im Justizdienst schließt von der Eigenschaft eines Landtagsabgeordneten nicht aus. Nach diesen Abänderungen fällt eine besondere Wahlvorschrift für den ersten Stand fort, da seine Wahlen hinfür eigene Angelegenheiten der Ritterschaft sind, die nur der Formlichkeit wegen der Regierung angezeigt werden. Ebenfalls unterliegen die Wahlen für die Städte ihren gewünschten Bedingungen. Die Wahlvorschrift für den Bauernstand soll überprüft werden.

Es ist verschwindend wenig, was die Regierung von diesen Vorschlägen annehmen kann, allenfalls die Großjährigkeit, aber nicht für die Städte, die besonderen Zusammenkünfte außerhalb des Landtags nach dem bisherigen Herkommen, und vielleicht noch den einen und anderen nebensächlichen Punkt, den man aber anders fassen müßte. Sie kann aber nicht auch

die Städte als geschlossene Körperschaft anerkennen und ihnen ein besonderes Wahlrecht geben, auch wenn Blomberg den Untergang dieses eigentlichen Mittelstandes in düstersten Farben prophezeit.

Helwing muß ihm mitteilen, daß der Entwurf zu seinem Nachtrag vom 25. Februar das Ultimatum der Regierung gewesen war (6. September). Das hat zur Folge, daß Blomberg auch seine Vorschläge vom 10. August als Ultimatum der Stände erklärt (3. Dezember).

3. Verhandlungen am Bundestage 1826

Wieder steht man auf dem toten Gleis.

Was wird man in Frankfurt zu diesem Ergebnis sagen? Die Stimmung dort ist im Augenblick mehr für Körperschaftsstände, weniger für eine allgemeine Volksvertretung, solange nicht nachgewiesen ist, daß sie dem monarchischen System entspricht. Kaum einer der Bundestagsgesandten, selbst nicht einmal der Referent der Vermittlungskommission, kennt das bündereiche Aktenmaterial des lippischen Verfassungsvertrages. Rein gefühlsmäßig aber sympathisiert die Mehrzahl von ihnen mit den Ständen, weil der Erlaß von 1819 eine repräsentative, nicht eine monarchische Verfassung einführen will. Menschlich begreiflich findet man, daß der Fürst zur Lippe aus Liebe und Verehrung das Werk seiner hervorragenden Mutter nicht zerstören mag, aber politisch ist das nicht. Man muß ihm Zeit gönnen, bis er nach reiferer Erfahrung und mit besserer Einsicht vielleicht selbst zu den erwünschten Abänderungen die Hand bietet. Über diese Dinge unterhält man sich in Frankfurt. Andererseits wird die Bundesversammlung nur höchst ungern gegen eine Bundesregierung in der Form eines Beschlusses einschreiten, solange der Streit auf gutlichem Wege nach den Grundsätzen der Legitimität und des monarchischen Systems geschlichtet werden kann.

Am 13. Juli (1825) hatte die Bundesversammlung erstmalig die Regierung an die Abgabe ihrer Erklärung erinnert und ihr eine neue Frist bis zum Schluß des Jahres gegeben. Jetzt riet Freiherr v. Leonhardi, ein Erinnerungsschreiben der Stände abzuwarten, das in der Tat im April (1826) in Frankfurt einging. Entsprechend bestimmte die Bundesversammlung der Regierung eine neue Frist bis zum 27. Juni.

Ohne Frage, man ist in der Regierung ratlos. Helwing will augenscheinlich die Verantwortung nicht übernehmen. Man entschließt sich, mit dem Geheimen Staatsrat v. Klüber Fühlung zu nehmen, der von jeher der Fürstin Pauline in Freundschaft ergeben gewesen war. Er riet dringend, eine Entscheidung der Bundesversammlung um jeden Preis zu vermeiden, und empfahl nachdrücklichst, auf Einführung der Paulinischen Verfassung zu verzichten und dadurch den unmittelbaren Verkehr mit den Ständen frei zu machen.

Neue Verlegenheiten!

Was war schon zu fürchten, fragte endlich Helwing, dieser ewigen Vergleichsversuche überdrüssig, wenn der Fürst sich entschloß, die Verfassung von 1819 aufzugeben? Mehr als die alte Verfassung konnte der Bundestag und überhaupt keine menschliche Gewalt den Ständen zubilligen. Gab man jetzt diplomatisch nach, dann blieb immer die Möglichkeit, die alte Verfassung zeitgemäß auszugestalten und auf diesem Umwege doch zu erreichen, was 1819 gewollt war. Petri und Meien wehren sich gegen die Zumutung, das Verfassungswerk ihrer verehrten Fürstin freiwillig zu opfern. Petri verlangt erst eine Entscheidung der Bundesversammlung über die Vorfrage, ob die Stände noch in anerkannter Wirksamkeit bestanden. Mit Bestimmtheit rechnet er auf einen günstigen Ausgang. Als ihnen aber Helwing ohne Blatt vor dem Munde nachweist, wie zweifelhaft gerade dies Problem sei, wie man unmöglich bestreiten könne, daß

die Stände innerhalb der Verwaltung immer noch in Wirksamkeit seien, am Generalhofgericht, an der Landkassenverwaltung, da lassen sie alle die Köpfe hängen. Gewannen aber die Stände erst den Art. 56 der Wiener Schlußakte¹⁾, dann war ein Vergleich mit ihnen nicht mehr möglich. Hin und her redet man und kann sich nicht einigen, kann sich zu nichts entschließen. Immer näher rückt der Termin — man beantragt Fristverlängerung, um zum mindesten Zeit zu gewinnen. Vielleicht kann man inzwischen von Klüber ein Gutachten haben über das, was unter „anerkannter Wirksamkeit“ zu verstehen sei. Aber Klüber läßt nichts mehr von sich hören.

In Frankfurt wird das Fristgesuch der Regierung sehr übel aufgenommen. Der präsidiierende österreichische Bundestagsgesandte Baron v. Münch-Bellinghausen gebrauchte sehr ungnädige Worte über die Verzögerung und sprach in einer Stimmung, die dem Fürsten zur Lippe durchaus nicht günstig war. Auch in der preußischen Gesandtschaft war man augenscheinlich verschnupft. Der preußische Legationsrat v. Bülow ist außerdem ein Verwandter des Landrats v. Borries. Leonhardi gibt den dringenden Rat, da alle Vergleichsversuche mißlungen sind, die alte Verfassung mit allen ihren Ungewißheiten, Mängeln und bestrittenen Punkten zunächst wiederherzustellen und sich vorzubehalten, sie nach den Vorschriften der Wiener Schlußakte umzugestalten. Man ließ die Regierung wissen, daß man ihre Erklärung noch im Laufe des Jahres erwartete.

Jetzt war wirklich keine Zeit zu verlieren. Mit weitgehender Vollmacht reiste Regierungsrat Petri nach Frankfurt. Am 17. Juli traf er dort ein. Die Regierung wünscht, daß er kein großes Aufsehen macht, er soll hauptsächlich herumhören, weniger ver-

¹⁾ „Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden.“

handeln. Die Aufnahme bei dem Präsidenten v. Münch war artiger, als Petri erwartete. Der Baron ist ein sehr guter Zuhörer, erfäßt klar und schnell und äußert sich bestimmt. Er versprach guten Rat, aber nur persönlich, nicht amtlich. Das aber hört Petri sehr bald heraus, von einer Beibehaltung der Paulinischen Verfassung kann keine Rede mehr sein. Es wird gerade ihm nicht leicht, sich mit dem Gedanken zu versöhnen, daß es gesetzgeberisch doch richtiger ist, wenn der Fürst eine ganz neue Verfassung aus einem Guß gibt, als wenn er der Urkunde von 1819 einen scheußlich gefliakten Mantel umhängt.

In der Eile muß etwas geschehen. Petri war vorher weder Referent noch Mitglied der Kommission gewesen. Zwar hatte er das ganze Aktenmaterial mitgenommen, aber die Gedanken für neue Vorschläge müssen sich erst auf dem Frankfurter Parkett entwickeln. In engstem Anschluß an die bisherigen Vergleichsergebnisse verzeichnete er zunächst die Grundzüge seines Operationsplans, der etwas Neues nicht bot und deshalb auch von der Regierung umgehend bis auf einen Punkt gebilligt wurde. Man war mit Petri nicht einverstanden, der Ritterschaft als besonderes Vorrecht die Ernennung des Landtagspräsidenten allein aus ihrer Mitte zu bewilligen. Auf der Grundlage dieser Grundzüge entwarf Petri für Münch eine Denkschrift, in der er geschichtlich und staatsrechtlich nachzuweisen suchte, in welcher Weise die altlandständischen Verhältnisse mit der Paulinischen Verfassung und dem landesherrlichen Interesse zu vereinigen wären. Besonders hob er die Nachteile der alten Verfassung hervor mit ihrer ewigen Drückerei vor Zahlung von Landessteuern, an der sich Ritterschaft und Städte in gleicher Weise beteiligt hätten. Er wies nach, daß eine Erweiterung der Ständeverfassung ein Bedürfnis sei, selbst dann, wenn die Frage, ob sich die Stände noch in anerkannter Wirksamkeit befänden, zu ihren Gunsten entschieden würde. In dieser Ständeverfassung darf die zahl-

reichste Klasse des Landes, der Bauer, nicht fehlen, er trägt den größten Teil der Staatslasten. Das monarchische Prinzip vereinigt gerade nach Art. 57 der Wiener Schlußakte die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staates und will, daß er sich in der Lage befinde, allgemeine Urteile über das Wohl seiner Untertanen auf verfassungsmäßigem Wege zu hören, und daß er sich in seinen Regentenhandlungen nicht durch Interessen einzelner gehemmt finde. Das Zweikammersystem erklärt Petri für einen kleinen Staat wie Lippe für unzweckmäßig, da dem Souverän der Einfluß auf die erste Kammer etwa durch Pairs fehle, es würde das monarchische Prinzip nur lähmen, hätte auch in Lippe nie bestanden.

Daß Petri eine so wichtige Denkschrift ohne Rücksfrage bereits an Münch abgegeben hatte, versetzte die Regierung in die lebhafteste Unruhe. Doch verpflichtete sie zu nichts. Aber Leonhardi will von dem Präsidenten gehört haben, daß ihm die Denkschrift noch nicht monarchisch genug wäre. Er hätte erwartet, daß der Adel eine eigene Kammer bilde, Virilstimmen erhalte und als Körperschaft anerkannt werde. Bestätigte sich diese Wiedergabe, der Petri nicht traute, so war wenig gewonnen. Doch er selbst erfuhr nichts, obwohl er sogar von dem Präsidenten zu einem Dinër eingeladen wurde. Petri, der ewig an Heimweh litt, will abreisen, wenigstens sagt er es Leonhardi. Der gerät in Aufregung. Unmöglich, davon könne keine Rede sein, andere hätten monatelang gewartet. Petri soll in die umliegenden Bäder reisen, sich zerstreuen, die übereilte Abreise würde alles verderben.

Petri wartet eine Woche um die andere. Worauf eigentlich? Von dem Referenten der Vermittlungskommission, einem Grafen Beust, einem an sich ganz verlässlichen Menschen mit festen Grundsätzen, hört er zu seinem Erstaunen, daß er noch gar nicht unterrichtet war, auch nicht einmal wußte, ob er das Referat behalten würde. Ebenso merkt er im Gespräch mit Klüber, daß er nur ganz oberflächlich eingeweiht

ist. Diese Uninteressiertheit ringsum ist zum Verzweifeln!

Es liegt eine merkbare Spannung in der Luft. Man will wissen, daß Metternich nach Frankfurt kommt. Man munkelt sogar, die lippischen Stände hätten sich durch Bülow an ihn gewandt und Münch werde demnächst sein Sprachrohr sein.

Am 17. August endlich erfuhr Petri, was Münch mit Metternich im Schloß Johannisberg ausgemacht hatte. Man wünscht keine Repräsentativverfassungen, sondern Landstände. Man wünscht Körperschaften der adligen Rittergutsbesitzer, Körperschaften der Bürger. Wenn die Ritter auf zwei Kurien bestehen, soll man sie ihnen lassen, da es nicht zwei Kammern sind. Die Städte können nur aus ihren Bürgern, nicht aus allen ihren Einwohnern Abgeordnete entsenden. Petri bittet den Präsidenten, sich in die Lage seines Fürsten zu versetzen, der unmöglich eine bereits eingeführte Verfassung aufopfern könne, ohne die Unzufriedenheit seiner Untertanen zu erregen. Der Präsident wird scharf: die Paulinische Verfassung ist eine Mißgeburt, die gänzlich beseitigt werden muß. Der Fürst wird nicht auf das Geschrei einiger Advokaten oder unruhiger Köpfe hören. Er wird sich vielmehr die Liebe seiner Untertanen dauernder sichern, wenn sie allmählich einsehen, daß regelrechte Einrichtungen ihren wahren Interessen angemessener sind. Vor allem aber ist der Fürst zur Lippe verpflichtet, den Bundesverhältnissen gemäß zu handeln. Münch verlangt die Anerkennung des Adels als Körperschaft und zwei Kurien. Die neue Verfassung muß unbedingt mit Zustimmung der Stände vom Fürsten gegeben werden — „mit Zustimmung der Stände“, wiederholt er. In keinem anderen Sinne wird der Bundestag entscheiden!

Zum zweiten Male greift Metternich mit harter Faust in das Schicksal der lippischen Verfassung hinein!

Von allen Bundestagsgesandten war der Präsident am eingehendsten über alle Einzelheiten des Streites unterrichtet, darüber konnte sich Petri nicht mehr täuschen. Doch er merkt, er behält noch einen Trumpf in der Hand. Als er sagt, daß seine Regierung, falls neue Verhandlungen scheiterten, die Bundesversammlung veranlassen werde, über die Frage der anerkannten Wirksamkeit zu entscheiden, die unter allen Umständen zugunsten des Fürsten ausfallen müsse, da widersprach Münch nicht, wie zu erwarten war, sondern lenkte auffallend von diesem heikeln Thema ab: es sei immer vorteilhaft, wenn die an den Bund gebrachten Streitigkeiten außerhalb des Bundestages beigelegt würden; die kleinen Fürsten hätten überdies vorzugsweise dafür zu sorgen, daß der Bund nicht mit Streitigkeiten aus ihrem Innern belästigt würde, damit nicht die Idee entstand, als fühlten sich die Untertanen unter ihrer Regierung nicht glücklich.

Doch war Münch davon überzeugt, daß es Petri bei seiner verbindlichen Lebensart schon gelingen werde, die Sache gütlich beizulegen. In diesem Sinne gab er ihm den Wunsch auf den Weg, daß er in allen seinen diplomatischen Geschäften mit eben dem Glück handeln möge wie in dem gegenwärtigen.

4. Der Abschluß der Verhandlungen 1826—1830

Die Paulinische Verfassung war nicht mehr zu retten.

Mit diesem Ergebnis war Petri aus Frankfurt zurückgekommen. Der Fürst muß sie aufgeben, wenn der vom Bund gewünschte Zweck damit erreicht wurde. Aber die neuen Verhandlungen konnten nicht sofort aufgenommen werden, da Petri, der sie jetzt allein weiterführen wird, langanhaltend erkrankte. Erst im November (1826) fand sich die Regierung zusammen, um eine neue Grundlage auszuarbeiten. Mit gemischten Gefühlen! Man war doch entsetzt, zu welchem Rückschritt diese neue Aufgabe führte, wie sie jeden

liberalen Gedanken erstickte und doch nicht sachgemäß durchzuführen war.

Zu der ersten Besprechung am 7. Dezember erschienen nur der Landrat v. Borries und Rat Ernst aus Detmold als städtischer Vertreter, erklärten aber beide, daß sie nicht bevollmächtigt seien, verantwortlich zu verhandeln. Petri sagte ihnen, daß sich die Regierung mit ihnen ohne Rücksicht auf die Paulinische Verfassung über die Zusammensetzung des künftigen Landtags verständigen wolle. Über dieser ersten Sitzung, die auch am folgenden Tage fortgesetzt wurde, lag eine bemerkenswert friedfertige Stimmung. Petri war sehr vorsichtig, Borries voll Hoffnung. Auf einem Konventstage wählten dann die Stände als ihre Beauftragten den Landrat v. Borries, den Barntruper v. Kerkenbrock, die Räte Ernst und Anke.

In dieser Zusammensetzung verhandelte man am 28. und 29. Dezember. In seiner Ansprache sagte Petri, daß der Fürst berechtigt sei, auch ohne weitere Verhandlungen seinem Lande eine Verfassung zu geben, da die Bundesversammlung unzweifelhaft den Streit, der sich lediglich auf die Frage der anerkannten Wirksamkeit beschränke, zugunsten des Landesherrn entscheiden würde, falls diese Entscheidung gefordert werden müßte. Darüber weiter zu sprechen, stand außerhalb des Zwecks ihrer Zusammenkunft. Doch es war eine Warnung.

Dann ging man die einzelnen Abschnitte der neuen Verfassung durch, um die Punkte festzustellen, die etwa noch umstritten waren.

Der Fürst wird im ersten Stande den Adel mit eigenen Versammlungen, eigener Kasse und persönlichen Vorrechten anerkennen, doch nur unter der Bedingung, daß die bürgerlichen Rittergutsbesitzer nach dem Verhältnis von 5 : 2 aufgenommen werden. Die ständischen Bevollmächtigten nehmen den Antrag zum Bericht. Petri findet den Einspruch sonderbar, bedauert, da der Punkt früher schon erledigt gewesen sei, fährt aber in der Aussprache fort, da Borries

vertraulich versichert, daß man voraussichtlich nachgeben werde. Daß die Mitglieder des ersten Standes ihren Wohnsitz im Lande haben und frei von fremdem Staatsdienst sind, damit ist man jetzt einverstanden.

Einigen Aufenthalt macht, wie zu erwarten, die Feststellung der Zahl der Ausschußmitglieder. Petri verlangt für jeden Stand ein Mitglied. Darauf lassen sich die Bevollmächtigten nicht ein und fordern für den ersten Stand zwei und für die beiden anderen Stände, d. h. Städte und Bauern zusammen, auch zwei, bedingen aber, daß letztere beide aus dem zweiten Stande der Städte gewählt werden müßten. Petri lehnt diesen Vorschlag ab. Die Bevollmächtigten beginnen zu kuhhandeln: sie sind zufrieden, wenn der erste Stand zwei, die beiden anderen Stände je einen Vertreter wählen und es freilassen, daß auch das Bauernmitglied aus dem zweiten Stande gewählt werden könne. Schließlich könne auch die Regierung entscheiden, ob das Mitglied des Bauernstandes die nötigen tauglichen Eigenschaften besitze. Petri will es dem Fürsten vortragen.

In den Städten wählen nur die besitzenden Bürger. Für Bürgermeister und Syndikus ist die Wahlfähigkeit nicht vom Vermögen abhängig. Das sind schon ältere Abmachungen. Jetzt ist die Regierung auch mit der Volljährigkeit statt des Wahlalters einverstanden. Doch bei der Einrichtung der Wahl in den Städten kommt es zu Meinungsverschiedenheiten. Nach der Vorschrift der Paulinischen Verfassung erfolgt die Wahl ohne Leitung eines landesherrlichen Kommissars. Die Bevollmächtigten wollen es dem Fürsten überlassen, zum Wahlaakt einen Regierungsvertreter wie bei der Ratswahl zu senden oder die Leitung dem Magistrat anheimzugeben. Petri nimmt es zum Bericht.

Für den dritten Stand gelten die Vorschriften der Paulinischen Verfassung, falls nicht Wünsche vorbehalten bleiben.

Ausgeschlossen von der Passivwahl sind nur noch Regierungs- und Kammerbeamte. Die Rechte der Stände, die sie 1805 besaßen, bleiben erhalten, soweit sie nicht durch die neue Verfassung abgeändert sind. Auf das votum negativum kommt niemand zu sprechen. Die Bevollmächtigten verlangen nach dem Herkommen für den ältesten ritterschaftlichen Deputierten das Landtagsdirektorium in den gemeinschaftlichen Tagungen. Petri äußert sich nicht und verspricht Rücksprache. Kein Landtag wird ohne Landtagsbeschluß aufgelöst.

Schließlich kommt man zu der Kurienfrage. Die Bevollmächtigten verlangen zwei Kurien. Petri will darauf eingehen, verlangt aber genauere Bestimmungen wegen der Beratungen und Abstimmungen. Gemeinschaftliche Beratungen, getrennte Abstimmungen ist die Antwort. Da scheiden sich die Bevollmächtigten: die Städte verlangen, daß in Steuersachen in beiden Kurien durchgestimmt und nach Stimmenmehrheit entschieden werde; die Ritterschaft wird sich erst unter sich verständigen. Aber Petri macht ihnen keine Hoffnung, wenn der städtische Vorschlag nicht angenommen wird.

Für die Einleitung der Verfassungsurkunde verlangen die Bevollmächtigten einen Hinweis auf die Mitwirkung der Stände nach dem Vorgang anderer Verfassungen. Petri weiß, wie nachdrücklich der Bundestagspräsident mit dieser Forderung gedroht hatte. Über die übrigen Einzelheiten der neuen Verfassung gab es keine Meinungsverschiedenheit. So bestehen eigentlich nur noch drei Streitpunkte: die Aufnahme der bürgerlichen Besitzer, die Ernennung von drei Ausschußmitgliedern und die Abstimmung in Steuersachen. Diese drei Punkte waren nicht unüberwindlich, wie auch Borries eingestand, dennoch blieben die Aussichten immer noch trübe. So liberal Borries auch war, in der Frage der Ausschußmitglieder schien auch er unerbittlich, und der Herr v. Kerßenbrock gar war überhaupt ein sehr unbequemer Gegner. So konnte

Petri zum Schluß nur warnen und sagen, daß man den Ständen sehr weit entgegengekommen wäre und sie weitere Zugeständnisse vom Fürsten nicht zu erwarten hätten. Bleibt der Versuch abermals erfolglos, dann muß der Bundestag entscheiden.

Von diesem vorläufigen Ergebnis bekommt Leonhardi Nachricht. Münch und Beust lassen die Regierung wissen, daß sie die Sache vorerst nicht anregen werden.

Von Borries erfuhr Petri, daß er es bei der Verschiedenheit der Ansichten diesmal für zweckmäßig gefunden habe, auch die auswärts lebenden lippischen Adligen um ihre Ansichten zu befragen. Dadurch entstand ein mehrmonatiger Aufenthalt.

In diesem erweiterten Kreise beginnen sich jetzt die Geister zu scheiden¹⁾. Es ist auffallend, daß die auswärtigen Herren unterschiedslos die Aufnahme der bürgerlichen Rittergutsbesitzer in die Klasse der Ritterschaft befürworten und damit die größere Klugheit beweisen, während der einheimische Adel bis auf einige Ausnahmen zum Teil schon fanatisch sich gegen jedes Nachgeben sträubt. Auch jenen wird es unsagbar schwer, kaum einer verleugnet es, daß sie wohlterererbte Rechte aufgeben müssen. Aber sie urteilen durchweg nüchtern und sehen klar, was in der Welt um sie herum vorgeht. Die Landstandschaft, das wissen sie alle,

¹⁾ Zu dem lippischen Kreise gehören 1827: Landrat v. Borries-Eckendorf, Johanniterritter A. v. Kerßenbrock-Barntrop, Landrat und Droß v. Mengersen-Reelkirchen, Hofmarschall Gottl. v. Blomberg-Talle, Hauptmann L. v. Blomberg-Iggenhausen, A. v. Donop-Maspe, Rittmeister Georg v. Donop-Wöbbe, Landkammerrat Friedr. v. Donop-Altenendonop. — Zu dem auswärtigen Kreise gehören: Kammerherr und Geh. Legationsrat A. v. Blomberg-Frankfurt (Bruder des Hauptmanns), Oberst Louis v. Kleist-Reiße, Landrat v. Kerßenbrock-Helmsdorf, Oberhauptmann Gottl. v. Kerßenbrock-Radolfshausen, Berghauptmann v. Reden-Klausthal, Freiherr v. Wendt-Gevelindhausen bei Brilon.

war nie ein persönliches Recht des Adels, sondern ein dingliches Recht am Grund und Boden, die Ahnenprobe nur eine nebensächliche Bedingung. Tragen also die bürgerlichen Besitzer landtagsfähiger Güter die gleichen Lasten, müssen sie auch dieselben Vorteile haben. Der lippische Adel aber will unter keinen Umständen mit dem Bauern, und zu ihm zählt er auch die bürgerlichen Besitzer, gemeinschaftlich im Landtag und im Ausschuß tagen oder gar mit ihm abstimmen. „Was soll der Bauer unter den Geschäftsleuten? wie kommt Saul unter die Propheten?“ Die Regierung brauche in der zweiten Kurie diese Bauern als Stimmvieh, „die als Nullen bedeutend zählen, wenn ein guter Kenner vor ihnen steht“. Das sind so ein paar Sätze aus ihrem Glaubensbekenntnis. Wie soll man es vergessen, daß diese Bürgerlichen 1819 der adligen Ritterschaft so heimtückisch in den Rücken gefallen waren? Unbedingt ist man für den Abbruch der Verhandlungen.

Aus diesem mißvergnügten Kreise entwickelt sich allmählich eine Partei der Ultras, die das Werk ihrer Kollegen sabotiert.

Endlich, am 12. Mai (1827), können auf einem Konventstage in Lemgo die Stimmen gezählt werden. Für die Aufnahme der bürgerlichen Besitzer war die Mehrheit. Aber nur unter Bedingungen. Borries hatte selbst für das Opfer, das man darbringen mußte, als Voraussetzung vorgeschlagen: die Körperschaft, die eigene Kurie, die Bewilligung von sieben Stimmen, davon zwei für die nichtadligen Besitzer, und die Wahl der Deputierten für jeden einzelnen Landtag aus ihrer Mitte. Andere Herren fordern nochmals als Abhilfe gegen den unaufhaltsam zusammenschrumpfenden lippischen Adel Virilstimmen, um auch den außerhalb Lippes wohnenden Mitgliedern die Abstimmung zu sichern. Borries versuchte außerdem unter der Hand, wie auch Anke, für den Fall, daß künftig über die Rechte der Stände Meinungsverschiedenheiten entstanden, etwa nach dem

Muster der mecklenburgischen Verfassung die Aus-
trägal-Instanz herauszuschlagen. Das war ohne Frage
eine unberechtigte Anmaßung, da diese außergewöhn-
liche Instanz nur für Streitigkeiten unter regierenden
Häusern vorgesehen war. Man ersetzte sie später durch
die Garantie des Bundestages.

Die Stände können nicht zum Abschluß kommen.
Jetzt, wo man unmittelbar vor der Entscheidung steht,
ersinnt man Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten.
Petri, der noch ganz im Gedankenkreis der Fürstin
Pauline lebt, droht mit Abbruch: man könne es der
Regierung nicht verdenken, daß sie wenig Interesse
habe, die Stände wieder ins Leben zu rufen, da sie
ohne Stände viel freier sich bewege, und auch die
Untertanen keine Sehnsucht nach ihnen hätten. Er
setzt eine Frist von vier Wochen, dann will er den
Bundestag ersuchen, die Frage nach ihrer anerkannten
Wirksamkeit zu entscheiden (20. Mai). An dieser
Entscheidung liegt ihm persönlich unendlich viel.

Bei der dauernden Unschlüssigkeit brachte die Kon-
ferenz am 8. August noch keinen Abschluß. Man be-
handelt nur die Fragen, die im Dezember unerledigt
geblieben waren.

Die Ritterschaft will die bürgerlichen Besitzer mit
zwei Stimmen aufnehmen, wenn sämtliche adlige Be-
sitzer wie bisher in Person auf dem Landtage zu er-
scheinen berechtigt bleiben, doch so, daß, wenn einmal
durch Kurien durchgestimmt werden muß, die erste
Kurie nur sieben Stimmen abzugeben habe. Petri
läßt sich auf diese Kompliziertheit in keiner Weise
ein. Er erklärt die Aufnahme der Bürgerlichen als
conditio sine qua non, andernfalls sieht er die Ver-
handlung als abgebrochen an. Nach langen Unterhal-
tungen bequemen sich die Bevollmächtigten endlich zur
Annahme.

Um so hartnäckiger bleiben sie bei der Besetzung des
Ausschusses hängen. Petri ist sehr zweifelhaft, ob der
Fürst dies angebliche Ultimatum annehmen werde,
da das Wesen der Landständschaft auf der Einteilung

in drei Stände beruhe. Anke will die Gegensätze ausgleichen. Da es sich bei der Ritterschaft im Grunde genommen um eine Eitelkeitsfrage handelt, soll die Einrichtung getroffen werden, daß das ritterschaftliche Ausschußmitglied bei außerlandtägigen Beratungen in eiligen Sachen nicht überstimmt werde. Bei der Revision der Landkasserechnungen haben dagegen sämtliche drei Mitglieder gleiches Stimmrecht. Dieser Ausweg gefällt niemand. Der Punkt bleibt unerledigt.

Petri will durchdrücken, daß auch der Bauernstand zum Generalhofgericht und zur Vormundschaft im regierenden Hause zugelassen werde. Da aber widersetzen sich selbst die Städte und behaupten, daß ihr Recht auf der Hofgerichtsordnung und dem pactum tutorium beruhe. Die Wahlordnung muß zurückgestellt werden, da sich immer größere Verschiedenheiten herausgestellt haben. Petri beansprucht das landesherrliche Recht, den Landtag auch ohne Landtagschluß aufzulösen. Der Fürst kann wegen Widerseßlichkeit zur Auflösung gezwungen sein. Darin sehen die Bevollmächtigten eine landesherrliche Willkür, die ungebunden zu jeder Zeit eingreifen kann. Dem können sie nicht beistimmen. Schließlich verlangen sie noch, daß die Paulinische Verfassung in der Einleitung ausdrücklich aufgehoben werde.

Obwohl nicht über alle Punkte eine Einigung zu befördern war, wurde doch beantragt, daß die Regierung die zu erlassende Urkunde ausarbeitete, sie vom Fürsten genehmigen ließ und den Ständen vor ihrer Veröffentlichung mitteilte.

Über alle Bemerkung erhaben, wie Petri fand, war der Ausgang dieser Konferenz. Zum Schluß nahm Herr v. Kerßenbrock nochmals das Wort und erklärte, daß die von ihm und Borries abgegebenen Erklärungen wohl instruktionsmäßig seien, jedoch nicht seiner persönlichen Überzeugung entsprächen.

Wie in Frankfurt und im Verkehr mit den ständischen Bevollmächtigten hielt es Petri bei der Ausarbeitung der neuen Verfassungsurkunde für seine

Pflicht, als leitenden Grundsatz stets den Zweck im Auge zu behalten, von dem Repräsentativsystem der Paulinischen Verfassung so viel als irgend möglich zu retten, wie er auch Worte und Wendungen der Urkunde von 1819, wo es sich verantworten ließ, ausdrücklich übernahm. Es wurde ihm unendlich sauer, keinen Rückschritt zu machen, er war nicht zu beneiden. Seine Urkunde glich, wie ihm die Kollegen sagten, einem altertümlichen Gebäude, das mit einem neuen Anbau versehen und mit einem modernen Anstrich übertüncht war. Daß diese Urkunde den Widerstandsgeist der an ihren alten Privilegien flehenden Stände von neuem beleben würde, war durchaus zu erwarten. Nachdem der Entwurf aber von der Regierung nach zweimaliger Lesung einstimmig angenommen und auch vom Fürsten genehmigt war, kam er an die Stände.

Diesem Entwurf ging es sehr übel. Die Bevollmächtigten hatten dem Hauptmann v. Blomberg, der inzwischen preußischer Regierungsrat geworden war, die Nachprüfung übertragen, und er nahm sie mit einer Gründlichkeit vor, die kaum noch etwas übrig ließ. An jedem Paragraphen hat er herumzumäkeln, ändert die Reihenfolge, und man kann es nicht leugnen, mancher Vorschlag verrät eine verdammt geschickte Hand. Wo er einen Wortlaut verfänglich findet, gibt er ihm eine andere Fassung. Unendlich feine Unterschiede weiß er hineinzubessern: dem Bauernstand werden z. B. Rechte gegeben, der Ritterschaft aber Rechte anerkannt. Es soll nicht mehr heißen „der erste Stand besteht...“, sondern „die Ritterschaft besteht...“, oder „die erste Curie besteht...“. Die beiden anderen mögen sich als Stände bezeichnen lassen, wenn sie nicht die Bezeichnungen „Städte und Land“ vorziehen. Da die drei „Klassen“ ein Produkt der Paulinischen Verfassung sind, müssen sie beseitigt werden. Lächerlich findet Blomberg den Gedanken, daß ein Bauer im Ausschuß das Direktorium führen soll.

Die Tendenz dieser Arbeit ist durchaus klar und findet den einmütigen Beifall des Landrats v. Borries und der beiden städtischen Räte Ernst und Anze. Allein Herr v. Kerßenbrock bleibt bei seiner starren Opposition. Borries und Blomberg läuft die Galle über, und sie werden grob. Sie wenigstens sind davon überzeugt, daß sie niemals wieder eine so günstige Bundesversammlung finden als in diesem Augenblick, sie halten es für unverantwortlich, diese Gelegenheit zu einem Vergleich ungenützt verstreichen zu lassen. Kerßenbrock läßt sich nicht belehren. Man soll ihm die ritterschaftliche Kurie nicht verpantzen. Eigenmächtig schickt er die Akten an einige einheimische und auswärtige Mitglieder. Dadurch gingen über drei Monate verloren. Die Opposition erweitert sich, selbst unter den Auswärtigen finden sich Stimmen, die diesen Verfassungsentwurf kaum diskutabel finden. Man neigt zu dem Ergebnis, die Bundesversammlung entscheiden zu lassen. Alles Unglück rührt daher, schreibt einer der Herren, daß der Fürst schon längst keinen lippischen Adligen zum Minister oder überhaupt in seinen Diensten hat, er käme sonst auf bessere Gedanken.

Auffallend war es, daß der durchkorrigierte Entwurf nicht von den Bevollmächtigten so amtlich, wie er eingegangen war, zurückgeschickt, sondern, angeblich um die Unterhandlungen zu erleichtern und abzukürzen, allein von dem Landrat v. Borries am 19. November (1828) als seine Privatmeinung Petri wieder zugestellt wurde. Das läßt darauf schließen, daß die Stände unter sich bereits zerfallen waren. Borries hatte seine Bemerkungen kurz ohne Kurialien als unmaßgebliche Vorschläge an den Rand geschrieben. Im Zusammenhange mit Blombergs Ausstellungen verlangte er noch u. a., daß nicht allein die Rechte der Stände im ganzen, sondern auch die Art ihrer Ausübung und die Repräsentation, kurz die ganze ehemalige landständische Verfassung beibehalten würde,

und wünschte, daß man eine entsprechende Klausel am Schluß des Gesetzes zufügte. Auch forderte er bei der Verteilung der Kuriatsstimmen im ersten Stande, daß die Worte im Entwurf „solange das gegenwärtige Verhältniß der adlichen Rittergutsbesitzer zu den bürgerlichen besteht...“ gestrichen wurden. Mit anderen Worten: auch wenn einmal mehr Bürgerliche als Adlige vorhanden waren, sollte das Verhältnis von 2 : 5 bestehen bleiben.

Petri muß das Schreiben einige Tage beiseite legen, so sehr ärgert er sich über den anmaßenden Ton, mit dem man ihn belehrt. Bei ruhiger Überlegung fand er dann aber doch, daß die Anordnung des Gesetzes, wie sie Blomberg getroffen hatte, in mancher Hinsicht übersichtlicher als die seine war. Bedenklich bleiben nur einzelne Ausstellungen. Entschieden verwirft er die Klausel am Schluß. Unmöglich kann man veraltete Landtagsabschiede, unbekannte Entscheidungen, das ganze unsichere Herkommen wieder beleben. Allein gültig waren nur noch das pactum unionis, das pactum tutorium und die Hofgerichtsordnung, die kann man bestätigen. Ebenso verwirft er die von Borries gewünschte Streichung, da er die Veränderung des Verhältnisses voraussah. Seine Kollegen in der Regierung, die gleichfalls über die Art der Randglossen empört sind, fanden noch das eine oder andere Zugeständnis annehmbar, namentlich auch soweit, daß man die Bezeichnung „Stände“, auch wenn man sie beibehielt, nicht überall scharf betonte¹⁾.

¹⁾ Im Regierungskolleg war inzwischen eine Änderung eingetreten. Der Kanzler Junk von Senftenau war am 26. März 1828 gestorben. Ein Jahr später, am 23. März 1829, wurde Helwing Regierungsdirektor unter Entbindung seiner Stellung als Kammerdirektor. Zugleich wurde der Geh. Justizrat Wilhelm Arnold Eschenburg aus Braunschweig, ein Sohn des Dichters Johann Joachim Eschenburg, zum Kammerdirektor mit Sitz und Stimme in der Regierung ernannt. — Der Auditor und

Aber der Fürst wünscht nun keine Nachgiebigkeit weiter. Petri arbeitete das ganze Grundgesetz noch einmal um und berief die Bevollmächtigten zum 11. März (1829) zu einer wie man erwartete abschließenden Sitzung.

In dieser Sitzung verwahrte sich Petri sehr energisch gegen den Ton, in dem die Bemerkungen abgefaßt waren. Er gab kurz bekannt, daß man noch einige Wünsche berücksichtigt habe, überreichte aber das Grundgesetz mit der ausdrücklichen Erklärung, daß es jetzt unabänderlich sei. Es bedarf zu seiner Veröffentlichung nur noch der Rücksprache mit dem Fürsten von Bückeburg. Petri will sich verabschieden. Allein zu seiner Überraschung entgegneten die Bevollmächtigten, daß sie sich nicht zu diesem Ultimatum erklären könnten, sondern nach ihrer Instruktion verpflichtet wären, ihren Auftraggebern Mitteilung zu machen, und baten um Ansetzung einer Frist. Petri will sich nur auf redaktionelle Änderungen einlassen. Aber es wird nochmals eine Frist von zwei Monaten bewilligt.

Die Frist muß wiederholt verlängert werden. Am 25. Juli (1829) sind die Stände in Meinberg zusammen. Sechs Mitglieder der Ritterschaft weigern sich entschieden, den Entwurf anzunehmen, ein weiteres Mitglied tritt noch hinzu. Solange nicht die Verfassung unter Zuziehung der Erbherren auf einem Landtag formell und materiell zustande gekommen ist, wollen sie von einer neuen Verfassung nichts wissen. Am meisten sind sie erregt, daß man dem Adel die Virilstimmen nehmen und ihre Rittergüter besteuern will. Bleiben diese Ultras auf die Dauer unnachgiebig, muß der Rest der Ritterschaft besorgen, kaum noch eine ausreichende Anzahl adliger Gutsbesitzer

Quartiermeister des lippischen Bataillons Carl Piderit war 1825 als Rat und Regierungsassessor angestellt und wurde 1831 Regierungsrat (1845 Geh. Regierungsrat, 1850 Geh. Oberregierungsrat, gest. 18. August 1854).

zum nächsten Landtage aufbringen zu können. Die Verlegenheit wuchs ins Unabsehbare.

Endlich am 3. Oktober (1829) bekam die Regierung ein langatmiges Schreiben, in dem noch einmal alle Sorgen und Besorgnisse zusammengefaßt sind. Noch einmal werden sich die Stände bewußt, wie wichtige Gerechtsame sie besitzen. Noch einmal suchen sie dem Fürsten klarzumachen, daß sie niemals aufgehoben seien und immer noch in anerkannter Wirksamkeit bestehen. Noch haben sie ihre ritterschaftliche Körperschaft mit bestimmten Rechten, noch gibt es eine ritterschaftliche und eine städtische Kurie. Über den Sinn mancher Vorschriften ist man sich noch im unklaren, man müsse deshalb den Rechtsstandpunkt wahren. Die Regierung kommt ihnen nahezu in allen Punkten entgegen, soweit es sich um redaktionelle Fassungen handelt. Schwieriger wird die Verständigung, wenn die Ritterschaft nicht mit der gelegentlichen Erwähnung als Körperschaft zufrieden ist, sondern die ganz bestimmte Erklärung fordert, daß der aus adligen und bürgerlichen Besitzern zusammengesetzte Verein selbständig seine ritterschaftliche Kasse verwaltet und das Recht hat, seine Beiträge zu den allgemeinen Landeslasten und für eigene Bedürfnisse nach eigener Feststellung und Verteilung aufzubringen. Man will verhindern, daß die bürgerlichen Besitzer nochmals mit Hilfe der Regierung die Zahlung ihrer Rittersteuer verweigern. Das bedeutet aber den Staat im Staat und steht im Gegensatz zum monarchischen Prinzip.

Das Schmerzenskind bleibt nach wie vor die Zahl der Ausschußdeputierten. Die Regierung wird das jahrhundertealte Zweikuriensystem beibehalten. Gut — aber dann kann sich die Ritterschaft nicht von der Notwendigkeit überzeugen, daß der ersten Kurie nur ein Deputierter zukommen soll. Will man trotzdem unerbittlich an dieser Forderung festhalten, so möge man ihr wenigstens gestatten, einen Stellvertreter zu wählen, der in den Verhandlungen mit tätig ist, auch daß, wenn eine gemeinschaftliche Abstimmung der drei

Deputierten erforderlich ist, diese Abstimmung, Steuerfachen allein ausgenommen, nicht nach Stimmenmehrheit gefaßt werde, sondern der ritterschaftliche Deputierte zu den beiden anderen im Verhältnis einer Kurie zur anderen stehen soll.

Weniger Erfolg hatten die Stände mit einigen anderen Wünschen. Wie ihre Zustimmung zur vorliegenden Verfassungsurkunde nicht bezweifelt werden kann, verlangen sie den entsprechenden Hinweis im einleitenden Gesetz. Weiter wollen sie nicht Abgeordnete der Rittergutsbesitzer, sondern Deputierte der Ritterschaft sein. Man wünscht, um Zweideutigkeiten und Mißverständnissen überhoben zu sein, eine ausführliche Aufzählung ihrer Rechte. Schließlich wiederholen sie noch einen Wunsch, über den schon öfter gesprochen war, daß man ihnen die Kosten ihres Prozesses aus der Landkasse ersetze, mit der Begründung, daß es zu den Gerechtsamen der Stände gehöre, sich in gemeinschaftlichen Rechtsangelegenheiten die Auslagen aus der Landkasse auszahlen zu lassen¹⁾. Wie noch stets, überging die Regierung auch diesmal diese Forderung mit Stillschweigen, sie hätte sonst die Entscheidung über die Frage der anerkannten Wirksamkeit unvorsichtig aus der Hand gegeben.

Herr v. Kerßenbrock als Wortführer der Ultras wird außerdem eine Sondererklärung abgeben. Hatte sich die Regierung schon darüber geärgert, daß sich die Herren hartnäckig anmaßen, als Stände von Ritterschaft und Städten behandelt zu werden, die Zumutung, auch noch den Ultras irgendwelche besonderen Befugnisse einzuräumen, fand sie grotesk.

Man kam aus den Weitläufigkeiten nicht heraus.

Es scheint, als war die Lage noch nie so gespannt

¹⁾ Man berief sich auf ein Reichskammergerichtsurteil vom 10. Februar 1747 (abgedruckt in Anzeß Gegenbeleuchtung Beil. XI), das den Ständen zusagte, sich in gemeinschaftlichen Rechtsangelegenheiten die Kosten aus der Landkasse auszahlen zu lassen.

als in diesem Augenblick. Es ist, als soll der Tanz nach einer anderen Melodie neu beginnen.

Petri will sein Geschäft als beendet ansehen. Aber fast täglich schreibt ihm sein Duzfreund Anke oder kommt zu ihm. Er ist jetzt wieder der Wortführer, und Blomberg, der bei der Regierung in Bromberg arbeitet, heßt ihn auf. Die Anerkennung der Ritterschaft als Körperschaft und die Aufzählung ihrer Körperschaftsrechte, die Zusammenfassung dieser Forderung ist die letzte Bedingung! Man wird jetzt nicht mehr nachgeben! Früher kommt man zu keinem Landtag! Die Preisgabe der Virilstimmen, die Aufnahme der bürgerlichen Rittergutsbesitzer, der Verzicht auf Steuerprivilegien und die Aufgabe der Kurienverfassung bei Steuergesetzen hält man für außergewöhnliche Opfer, die man vor Kindern und Kindeskindern kaum rechtfertigen kann. Für diese Zugeständnisse wäre ihnen auch nicht eine einzige Gerechtsame eingeräumt. Allenfalls war man zufrieden, wenn der Verfassungsurkunde ein Revers angehängt wurde, der diese Körperschaftsfrage klärte.

Die Regierung bleibt bei ihrer Ansicht. Sie hört nur die Anmaßungen und erkennt die Folgen. Die Ritterschaft ist jetzt Bestandteil des ersten Standes. Dazu treten bürgerliche Besitzer landtagsfähiger Güter, die aber nicht zur ritterschaftlichen Körperschaft gezählt werden können. Mit Rücksicht auf den Bundestag will man allenfalls die Wendung einfügen: „auch verwaltet der erste Stand als ritterschaftliche Corporation seine besondere Casse für seine Bedürfnisse.“ Auch damit war man nicht zufrieden. Die Ritterschaft ist eben zu tief in Schulden, um auf die uneingeschränkte Verfügung ihrer Ritterschaftssteuer verzichten zu können. Hob der Landesherr durch einen gewaltsamen Machtspruch sie als juristische Person auf, dann gerieten die Rechtsverhältnisse der einzelnen Mitglieder ihren Gläubigern gegenüber in eine unabsehbare Verwirrung. Sie litten unter einer Verantwortlichkeit, die ihnen den Atem verschnürte, als

man ihnen auch den Ersatz aus der Landkasse sperrte. Im Augenblick handelte es sich wirklich kaum noch um ein aristokratisches Vorrecht, sondern um eine sehr wenig vornehme Geldfrage. Man arbeitete deshalb beschleunigt ein „Statut für die ritterschaftliche Corporation des Fürstentums Lippe“ aus und hätte am liebsten gesehen, wenn es noch vor dem Erlaß der Verfassungsurkunde verabschiedet wurde. „Laß uns nicht müde werden“, schrieb Anke an Petri. „Die Stände verlangen ja nichts neues, nicht mal die Feststellung eines zweifelhaften Rechts, sie wollen nur behaupten, was sie hatten.“

Man will alle diese Ausstände noch einmal in einer vertraulichen Sitzung besprechen.

Was ging inzwischen in Bückeburg vor? Der Bundestag hatte am 9. September 1819 gleichfalls beschlossen gehabt, daß die Streitigkeiten mit der jüngsten erbherrlichen Linie, die als besonderer Reichsstand in Bückeburg regierte, um Souveränitätsrechte in dem angemachten Amt Blomberg auf dem Wege der Austrägalinstanz entschieden werden, bis dahin aber die Einführung einer neuen Verfassungsurkunde ausgesetzt bleiben sollte. Inzwischen hatten sich die Verhältnisse wesentlich dadurch verschoben, daß es durch die Art. 55 und 57 der Wiener Schlußakte den souveränen Bundesfürsten überlassen war, ihre inneren Landesangelegenheiten selbständig zu ordnen. Wäre die Verfassungsurkunde auf offenem Landtage vereinbart worden, dann hätte man den Erbherren nach dem Hausgesetz die Teilnahme an den Beratungen nicht versagen können. Was aber auf privatem Wege mit den Ständen verhandelt war, konnte nicht vorgehen. Diplomatische Missionen eines souveränen Landesfürsten an paragierte Agnaten in solchen Streitfällen waren des Landes nicht Brauch und Gewohnheit. An sich bestand deshalb keine Verpflichtung, den Fürsten von Bückeburg als jüngsten Erbherren über den Abschluß der Verfassung zu hören. Aber man kannte die bückeburgischen Schikanen seit Jahrhunder-

ten. Immer hatte man etwas dazwischenzureden, um Wirrwarr und Unstimmigkeiten lebendig zu erhalten. Der Beschluß von 1819 hatte diesem Treiben den Weg geebnet.

Man war in der Regierung nahe daran, um neuen Konflikten aus dem Wege zu gehen, die ganze Verfassungssache jetzt wirklich solange zurückzustellen, bis die Verhältnisse der jüngsten erbherrlichen Linie zum regierenden Hause endgültig geklärt waren. Dann aber riet man, die Stimmung in Bückeburg unter der Hand zu erforschen. Durch Anze? Man hörte, daß die Stände seit 1819 die Verständigung aufgegeben hatten. Zuletzt war man doch für offene Erklärung. Man bat um eine Eröffnung, ob die Teilnahme des Amts Blomberg an der Verfassung gewünscht würde, riet aber, um die Rechte beider Häuser einstweilen zu wahren, von der Teilnahme zunächst noch abzusehen (20. November 1829). Bückeburg verlangte, daß man die Einführung der Verfassung bundesbeschlußmäßig so lange aussetzte, bis ihre Streitigkeiten vermittelt oder rechtlich entschieden waren (7. Januar 1830). Auch den Ständen will dies polnische Veto Bückeburgs nicht einleuchten, und so läßt man es besser auf sich beruhen.

Daneben wirkt fast wie ein Satyrspiel die Opposition der Ultras. Sie suchten einen Rückhalt, der dem Fürsten doch zu denken gab. Sie baten nämlich den ältesten und nächsten Agnaten des regierenden Hauses, den Grafen Wilhelm Ernst zur Lippe-Biesterfeld, um seine Vermittlung und verlangten dringend die Einberufung eines verfassungsmäßigen Landtags mit dem Problem, ob und welche neue Verfassung eingeführt werden oder welche Abänderungen in der alten Verfassung mit ihrer bedingungslosen Beibehaltung als Grundlage eintreten sollten. Angeblich ist diese Opposition nicht eigensinnig gegen Verbesserungen, die notwendig und wohlthätig sind, sie ist aber davon überzeugt, daß man eine neue Verfassung in Lippe nicht nötig habe. Das Geschrei der Liberalen

von der völligen Einheit und Gleichheit enthalte nur den Keim zu Revolutionen (15. Dezember). Wir stoßen auf keinen neuen Gedanken. Die Auffassung der unbedingten Überlegenheit des aristokratischen Prinzips über dem demokratischen Prinzip ist ein Glaubensbekenntnis. Die Geburt gibt dem Menschen einen Wert, das sei eine Tatsache, die von allen Völkern germanischer Abkunft anerkannt werde. Nur Demagogen und Sansculotten bestreiten sie. Wird diese Tatsache nicht anerkannt, so haben auch fürstliche Häuser keinen Geburtswert. So ist der Adel die Stütze der Erbmonarchie, die Stütze von Thron und Altar. Von den Pflichten des Adels hören wir allerdings nichts!

In diesem Geist verlangt man den Fortbestand des Adels mit ausschließlichem Sitz und Stimme in der ersten Kammer und rein von allen fremdartigen Bestandteilen. Unbedingt lehnt man die Aufnahme bürgerlicher Rittergutsbesitzer ab. Die Bauern können nur an Bildung, Einsicht und Unabhängigkeit gewinnen, wenn ihnen diese Elemente zugewiesen würden. Man verlangt für jede Kurie zwei Ausschußmitglieder. Man verlangt das *votum consultativum* und das *votum negativum*. Man bestreitet, daß die Steuerfreiheit ohne Entschädigung aufgegeben sei; sind andere Stände darin entgegengekommen, soll man sie verantwortlich machen, sie hatten keine Vollmacht, Rechte aller preiszugeben. Die Kurien verhandeln und stimmen getrennt, nur in wichtigen Fällen gemeinschaftlich. Kommt keine Einigung zustande, ist jede Kurie nur an ihre Abstimmung gebunden. Das Schicksal der beiden anderen Stände in dieser Verfassung interessiert nicht. Man schließt mit der Bemerkung: Gerechtigkeit ist die Perle im fürstlichen Diadem — ein Schritt über die Grenzen des Rechts, und man steht mitten im Chaos der rohen Willkür.

Graf Wilhelm Ernst übernahm die Vermittlung, übernahm sie sogar gern. Aber er macht kein Hehl daraus, daß er dieser überspannten Zuschrift nach

bester Überzeugung nicht zustimmen könne. Wie er hergebrachte Adelsrechte nicht mehr anerkennt, so bestreitet er auch das Bestehen der alten landständischen Verfassung in Lippe seit der Rheinbundsakte. Wünsche auf dieser Grundlage wird er nicht befürworten, dagegen die Ablehnung der bürgerlichen Rittergutsbesitzer, die Kammer des Adels, die Anerkennung der nichtadligen Gutsbesitzer, des sog. Bauernstandes, als dritten Stand. Ihren Verzicht auf Virilstimmen haben sie nicht genügend hervorgehoben. Dagegen findet er manche Einzelheiten entschieden verwerflich, darunter auch ihre Versteifung auf die Zahl der Ausschußmitglieder. Er sieht das als Entscheidungen an, die dem Ermessen des Fürsten überlassen bleiben müssen, und zu dem landesväterlichen Willen sollen sie Vertrauen haben, dazu rät er wiederholt. Unmöglich findet er die Aufrechterhaltung ihrer Steuerfreiheit: was die Zeit mit Recht fordert, sollen sie auf dem Altar des Vaterlandes opfern.

Aus gutem Herzen, aus Liebe und Anhänglichkeit, um das alte und zutrauliche Verhältnis zwischen Fürst und Ständen wiederherzustellen, mischt sich Graf Wilhelm Ernst ein. Er kann es wagen, da er mit dem Fürsten seit ihren Kindertagen eng befreundet ist. Er verlangt eine billige Entschädigung für die bisherige Steuerfreiheit, etwa die Modifikation der Lehen, die erste Kammer und verfassungsmäßig geschlossene Körperschaft, die Zustimmung zur Einführung neuer Gesetze, die Statsvorlage, eine patriotische Eidesformel, die Möglichkeit, daß auch zwei Brüder zusammen in einer Kammer sein dürfen, die Wahl der Ausschußdeputierten auf drei Jahre, wie in Preußen, und nicht lebenslänglich, wie die Ritterschaft wünscht (17. März 1830).

Manches in dieser Aufstellung war recht dilettantisch, einige Punkte schon zugestanden. Unbegreiflich aber, daß ein Teil der Adligen es überhaupt gewagt hatte, ohne Legitimation die Vermittlung des Grafen anzurufen! Die Regierung beschränkte sich deshalb

darauf, den Grafen über die wahre Sachlage der Verhandlungen aufzuklären und den Eingang beiseite zu legen.

In der vertraulichen Sitzung am 29. April (1830) mit Borries und Anze standen nur noch vier Punkte zur Verständigung. Die Adligen verlangen das Prädicat „Ritterschaft“ statt der Bezeichnung „erster Stand“. Vergeblich sucht Petri zu überzeugen: der Ausdruck „Ritterschaft“ mutet doch schon stark mittelalterlich an und ist in keiner neuen Verfassung zu finden. Da man sich aber so inständig gerade an diese Forderung klammert, gibt die Regierung schließlich nach. Es war, als fühlte sich jetzt erst der Adel in Sicherheit. Dagegen wird der Anspruch auf ständische Zusammenkünfte nach geschlossenem Landtage ohne landesherrliche Genehmigung endgültig verworfen, da er dem monarchischen Prinzip widerspricht, doch soll die einfache Anzeige genügen. Die Bestimmung, daß Brüder und Verwandte in absteigender Linie nicht gleichzeitig Landtagsabgeordnete sein dürfen, wird für die erste Kurie aufgehoben, bleibt aber für die zweite Kurie bestehen. Da sich die Ritterschaft inzwischen gespalten hat, ist für sie die Frage nicht unwichtig, ob sie überhaupt noch in der Lage ist, die erste Kurie auszufüllen. Auch die letzte Forderung, das landesherrliche Recht, Gütern die Eigenschaft als Rittergütern beizulegen, auf solche Güter zu beschränken, die einen der Landstandschafft angemessenen Wert haben, findet kein Bedenken.

5. Der Landtag von 1836

Die Verhandlungen mit den Ständen waren also im Frühjahr 1830 abgeschlossen.

Was hat jetzt am Bundestag zu geschehen? Wie wird sich Bückeburg zu der Tatsache stellen?

In Frankfurt war man geteilter Meinung. Der badische Gesandte Freiherr v. Blittersdorf, der neue Referent in der lippischen Streitsache, vertrat die An-

sicht, daß der Fürst zur Lippe unbedingt das Recht habe, die mit den Ständen verglichene Verfassung in Lippe ohne den Fürsten von Bückeburg und ohne das Amt Blomberg zu erlassen, und daß der Bundestag die Verpflichtung habe, die Einführung zu verlangen und zu schützen. Er riet daher, mit Überreichung der Verfassungsurkunde die Erfüllung des Art. XIII zur Anzeige zu bringen. Dann werde Bückeburg mit seiner Einrede herauskommen. Die Bundesversammlung aber werde voraussichtlich antworten, daß der Bund nicht zuständig sei, den Fürsten zur Lippe in der Ausübung seiner inneren Souveränitätsrechte zu hemmen, und es Bückeburg überlassen müsse, seine vermeintlichen Rechte durch ein Austrägalgericht entscheiden zu lassen.

Eine andere Sprache redete der Präsident v. Münch. Er empfahl dringend, die neue Verfassung nicht vor Beendigung der Streitigkeiten mit Bückeburg einzuführen. Läßt sich Bückeburg auf nichts ein und protestiert, dann soll sich Lippe an den Bund mit der Bitte um Entscheidung wenden und sein besseres Recht nachweisen. Auf diese Weise könne man in Detmold allein vermeiden, sich zu kompromittieren, denn die Entscheidung müsse sehr eingehend geprüft werden.

Die Verlegenheit der Regierung war nach dieser Auskunft wieder ganz beträchtlich. Wochenlang widersprachen sich die Ansichten der einzelnen Mitglieder. Nur darüber war man sich einig, daß man ohne die bestimmte Erklärung der Stände, daß sie jetzt mit der Erfüllung des Beschlusses von 1819 einverstanden wären, nichts erreichen würde. Aber mit welchen Ständen war man einig geworden? Hatten die Ultras die Mehrheit oder die anderen? Lag wirklich ein begründetes Interesse vor, die Einführung der Verfassung dringend zu wünschen? Das lippische Volk hatte die parlamentarische Wirksamkeit bisher nicht vermisst, demnach konnte die Verwaltung nicht schlecht gewesen sein. Wenn man selbst in Frankfurt die Ansicht unterstützte, daß es besser sei, ohne Stände als

mit Ständen zu regieren, weshalb soll man diesen Weg nicht betreten? Es war schon geratener, zu warten, bis man mit Büdeburg ins reine gekommen war. So meinten einige Herren und fühlten sich durch den Präsidenten v. Münch gedeckt. Inzwischen konnte man mit den Ständen alle noch bestehenden Gegensätzlichkeiten bereinigen, wie auch Blittersdorff geraten hatte, damit die Verfassung nicht halb aufgedrängt und halb verglichen erschien. Das aber eilt nicht, man will keineswegs drängen.

Wider Erwarten hat Anke immer noch Wünsche, findet überall noch Verbesserungen nötig, auch die Stilisierung gefällt ihm nicht. Petri war es über, seine Zeit mit Dreschen von leerem Stroh zu verbringen. „Lieber Freund zwar nicht schwierig, aber geisttötend und langwierig ... im Materiellen wohl einig, wird der Sache auch nicht Schaden, wenn Deine Wünsche nicht ganz verbotenus beachtet werden.“ Doch unter der Geißel des büdeburgischen Betos feilte er unverdrossen an dem Text herum, da ihm Anke zuletzt fest versprach, die gewünschte Erklärung beizubringen, daß die Stände ihre Beschwerden jetzt als völlig abgestellt ansahen.

Diese Redaktion wurde am 18. Januar 1831 an Anke abgefertigt. Kein Wunsch war unberücksichtigt geblieben. Aber jetzt drängt Petri auf die erwartete Erklärung, bevor man gezwungen werde, „dem jetzt überall wogenden Liberalismus zu huldigen und einer Verfassung in dem jetzigen anscheinenden Geist der Zeit zu geben. Wir hinken wahrlich sehr langsam hinter dem her.“ Die Julirevolution in Frankreich vom vergangenen Jahr wirkte sich ganz auffallend im nördlichen Deutschland aus. In Kurhessen hatte man den Kurfürsten Wilhelm, der in seiner Eigenbrötelei ganz von Metternichschem Geist erfüllt war, gezwungen, die Landstände zu berufen. Ebenfalls schrieb das Volk in Hannover, wo eine erdrückende Adels herrschaft regierte, nach einer freisinnigen Verfassung. Sollen diese Vorgänge in ihrer unmittelbaren Nach-

barschaft, fragt Petri, nicht die lippischen Ultras zur Vernunft bringen und sie belehren, daß es mehr wie je an der Zeit sei, durch eine vernünftige Nachgiebigkeit wesentliche Rechte zu erhalten, damit nicht die Form mit der Sache zugleich verlorengeht? Er empfiehlt doch noch einen Versuch, jedoch unter keinen Umständen in der Form einer Bitte, sondern in ernsthafter und entscheidender Sprache.

Man konnte wirklich glauben, daß Ankes Auftraggeber in diesem Zeitpunkt viel aufs Spiel setzten, wenn sie noch länger zögerten. Kaum war Petris Paket fort, als eine Eingabe bäuerlicheringesessener des Amts Schötmar, wo es immer wegen der nahen preußischen Grenze zuerst unruhig wurde, einlief, die die Ausführung der von der Fürstin Pauline gegebenen Verfassung in Erinnerung brachte. Hatten damals die Bauern mit Freude und Dankbarkeit die Verheißung begrüßt, um so unwilliger ist man jetzt nach fünfzehn Jahren über den ewigen Widerstand der Ritterschaft. Wer muß allein die Landessteuern aufbringen? Die Bauern! Während die adligen Gutsbesitzer und Kapitalisten auf ihren Geldsäcken sitzen! Wann kommt endlich das Meierrecht? Gewiß — noch leben sie in einem glücklichen Lande, jeder Lipper preist die milde und gerechte Regierung, die väterliche Fürsorge des verehrten Landesvaters. Aber daß dennoch vieles auf dem Lande reformbedürftig war, ist kein Geheimnis. Alles zusammenfassend — man bat um die Einberufung eines Landtags. Die Sprache war bescheiden, aber eindringlich (19. Januar 1831).

Unbeirrt, als gäbe es nirgends in der Welt eine Revolution, ließ sich Anke Zeit und schickte erst Ende März neue Erinnerungen zu der letzten Redaktion. Manche waren vollkommen unwesentlich und konnten ohne weitere Bedenken zugestanden werden. Andere waren schon einmal beantragt gewesen, waren dann wieder aufgegeben und wurden jetzt neu verlangt. Interessant war die Beanstandung, daß zur Landständschaft u. a. nur berufen werden konnte, wer

männlichen Geschlechts war. Da Frauen nicht gewählt werden durften, konnte nach Anzes Ansicht der Zusatz wegbleiben, während Petri ihn beizubehalten wünschte, um zu verhindern, daß Frauen als Besitzerinnen landtagsfähiger Güter das Recht beanspruchten, sich durch Mandatäre vertreten zu lassen. Beide meinten im Grunde das gleiche.

Geduldig und entgegenkommend setzt sich Petri mit der Urkunde nochmals an den Schreibtisch. Jetzt aber, am Ende seiner Bereitwilligkeit, stellt er die Stände vor ein einfaches Ja oder Nein. Er sagt ihnen, daß bei der unter den Rittern herrschenden Uneinigkeit mit dem Rest der Adligen eigentlich keine formelle Verhandlung mehr geführt werden könne. Jetzt seien sie nur noch Individuen, deren Beistimmung erwünscht sei, die man aber auch entbehren könne. Demnach verbat er sich weitere Anträge und weitere Diskussionen (22. April). Schon nach zwei Tagen kam Anze Antwort: „Gott sei gedankt — nun sind wir am Ziel!“ Er schickt Petri ein abgeändertes Exemplar. Ein paar kleine Ausstellungen hat er in der Eile aber doch noch hineingeflickt, auch überließ er noch einige Vorschläge, die von Blomberg herrührten, zur freien Entscheidung.

Das lippische Verfassungswerk ist fertig! Am 31. Mai 1831 wird die vom Fürsten unterzeichnete Urkunde mit Patent und Wahlvorschrift an Anze abgeschickt, damit auch die Stände sie unterschreiben. Mit den Ultras wird Anze, wie auch der Landrat v. Borries wünscht, nochmals reden, obwohl er nur eine schwache Hoffnung hat, sie zur Vernunft zu bringen.

In dem Patent waren die Verordnungen vom Jahre 1819 aufgehoben und durch ein landständisches Verfassungsgrundgesetz ersetzt, das unter die Garantie der deutschen Bundesversammlung gestellt werden soll. Einer Zustimmung oder Mitwirkung der Stände war nicht gedacht.

Die Urkunde selbst zerfällt in 5 Titel mit im ganzen 40 Paragraphen. Nur die wichtigsten Vorschriften sollen hervorgehoben werden.

Die Landstände bestehen aus den Abgeordneten der adligen und bürgerlichen Besitzer landtagsfähiger Rittergüter, welche die Ritterschaft bilden, der Städte und der übrigen Grundbesitzer des Landes. Jeder Stand wählt sieben Abgeordnete für den Landtag und für sechs Jahre mit landesherrlicher Genehmigung je einen Deputierten für den Ausschuß, auch, falls angemessen, einen Vertreter. Der Landsyndikus, Rechtsgelehrter und Einländer, wird von allen Abgeordneten gewählt und vom Landesherrn bestätigt. Den Landständen werden die nicht näher bezeichneten Rechte zugesichert, die ihnen bis 1805 zustanden, soweit sie durch dies Gesetz nicht abgeändert sind. Ohne ihre Bewilligung gibt es keine neue Steuer, keine Anleihe, sie haben das jus monendi. Der erste und zweite Stand wählt je einen Deputierten zum Generalhofgericht und, falls erforderlich, zur Landesvormundschaft. Bestätigt werden das pactum unionis, das pactum tutorium, die Hofgerichtsordnung. Vorgeesehen ist weiter die Prüfung des Haushalts, die bisherigen Steuern bleiben für weitere zehn Jahre von der Bewilligung unabhängig, die freiwillig angebotene Besteuerung der bisher eximierten Güter bleibt vorbehalten. Die Landstände haben das Recht des Vorschlags, der Erinnerung und Anzeige bei Mißbräuchen und Verbrechen.

Der erste Stand oder die Ritterschaft setzt sich aus Besitzern landtagsfähiger Rittergüter zusammen¹⁾. Der Landesherr hat das Recht, auch anderen schriftfähigen Gütern von einem der Landständschaft angemessenen Wert die Eigenschaft für den ersten Stand

¹⁾ Aufgezählt sind: Ahmsen, Altendonop, Barntrup, Borkhausen, Brake, Braunenbruch, Freismissen, Gröpperhof, Heidelbeck, Herberhausen, Hornoldendorf, Hovedissen, Jägenhausen, Küterbrof, Lüdershof. Maspe, Obernhof zu Maspe, Niedernhof zu Maspe, Mönchshof, Niederntalle, Papenhausen, Reelkirchen, Schötmar, Steinbeck, Sylbach, Ullenhäusen, Wendlinghausen, Wierborn, Wöbbel.

beizulegen. Die Eigentümer sind zur Landstandschafft berufen, wenn sie männlichen Geschlechts, 25 Jahre alt, frei von Vormundschaft, unbescholten, christlicher Konfession und aufgeschworen sind. Der Verein dieser Gutsbesitzer (die Ritterschafft) wählt, solange das gegenwärtige Zahlenverhältnis der adligen zu den bürgerlichen Rittergutsbesitzern sich nicht wesentlich verändert, für jeden Landtag fünf aus dem Adelsstand und zwei aus dem Bürgerstande und benennt sie der Regierung, die Anzeige des stellvertretenden Ausschussesmitgliedes bleibt ihm überlassen. Der zweite Stand besteht aus den Bürgern der Städte Lemgo, Horn, Blomberg, Salzuflen, Detmold, Barntrup, Flecken Lage und Neustadt Detmold, außerdem aus den Eigentümern eximierter Häuser in den Städten. Die fünf Städte wählen je einen Abgeordneten, Neustadt Detmold und die Eigentümer eximierter Häuser zusammen einen und Barntrup und Lage ebenfalls zusammen einen. Den dritten Stand bilden sämtliche übrigen erblichen Gutsbesitzer des platten Landes und die Bürger in den Flecken Schwalenberg, Alverdissen, Börsingfeld und Barenholz. Erbpachtverhältnisse schließen von der Teilnahme am dritten Stande aus.

Die Wahlen des zweiten und dritten Standes werden vom Landesherrn angeordnet und ausgeschrieben. Maßgebend bleibt die Wahlvorschrift. Jeder Wähler muß sein eigener Vermögensverwalter sein, im Lande wohnen, muß christlicher Religion und 25 Jahre alt sein. Entehrende Strafen, Konkurs u. ä. schließen von der Teilnahme an der Wahl aus. Wer in mehreren Klassen Grundeigentum hat, kann das Gut bestimmen, von dem er sein Wahlrecht ausüben will. Stimmrecht ist persönlich, es ruht, wenn das Gut von einer Frau, von einem Vormund oder Kurator verwaltet wird. Jeder Abgeordnete des zweiten und dritten Standes muß seine Gedanken schriftlich auszudrücken vermögen, Grundeigentum im Wert von 3000 Thlr. haben und 30 Jahre alt sein. Diese Erfordernisse fallen fort, wenn die Wahl auf den Bürgermeister oder Syndikus

fällt. Ascendenten und Brüder können in der ersten, aber nicht in der zweiten Kurie mit ihren Deszendenten und Brüdern zugleich Abgeordnete sein, im Kollisionsfalle tritt der jüngere zurück. Ausgeschlossen von der Passivwahl sind die Mitglieder der Regierung und Rentkammer, herrschaftliche Diener müssen die Erlaubnis des Regenten haben. Wahl erfolgt auf sechs Jahre.

Eigenmächtige landtägige Versammlungen sind gesetzwidrig und nichtig. Für sonstige landständische Versammlungen gilt das Herkommen. Landtag wird alle zwei Jahre gehalten, mit Abkürzung, falls erforderlich. Nach dem Ableben des Landesherrn erfolgt Einberufung innerhalb drei Wochen zur Huldigung oder Anordnung der Vormundschaft. Die Landesabgeordneten des zweiten und dritten Standes werden vereidigt, ebenfalls die Ausschußdeputierten und der Landsyndikus. Die vorbereitenden Beratschlagungen geschehen in gemeinschaftlicher Versammlung, die Abstimmungen in getrennten Kurien, ausgenommen bei allgemeinen Landesabgaben, bei denen die Mehrheit der Stimmen entscheidet. Die Verhandlungsform ist die herkömmliche: Vorlage der landesherrlichen Propositionen, Bestellung einer Kommission, falls mündliche Aussprachen nötig sind, Abgabe eines ständischen Gutachtens und Landtagsabschied. Die Ständerversammlungen sind nicht öffentlich, jedoch werden die Resultate durch Druck veröffentlicht. Landtagsabgeordnete und Landsyndikus erhalten während der landständischen Zusammenkünfte täglich drei Taler Diäten.

In der ersten Kurie führt der Ausschußdeputierte des ersten Standes das Direktorium, in der zweiten Kurie wird er gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Landesherr. Die drei Ausschußmitglieder unterzeichnen und der Landsyndikus gegenzeichnet die Ausfertigungen des Landtags. Die Ausschußmitglieder vertreten die Landesabgeordneten nach dem Verhältnis, in welchem die Kurien zueinander stehen, jedoch ohne Verbindlichkeiten für das Land. Unter

dem Direktorium des Regierungschefs bilden sie das Landkassen-Administrationskolleg. Der Landsyndikus ist der Sekretär des Landtags ohne Votum. Gehalt und Einkünfte der Deputierten und des Landsyndikus werden auf dem ersten Landtage festgesetzt.

Die Wahlvorschrift für den zweiten und dritten Stand gliedert sich nochmals in 23 Paragraphen.

In den Städten besteht das Wahlkolleg aus den Personen des alten und neuen Rats, den verfassungsmäßigen Repräsentanten der Bürgerschaft und einer dieser Gesamtheit gleichkommenden Zahl von Bürgern, die vom Magistrat ausgewählt werden. In der Neustadt Detmold wählen sämtliche Angeseffene, die die gesetzlichen Eigenschaften haben. Die Wahlen werden von landesherrlichen Kommissaren geleitet. Die Wahlmänner werden vereidigt und wählen die Landesabgeordneten und ihre Stellvertreter.

Für den dritten Stand wird das Land in sieben Wahlbezirke eingeteilt. Die Ernennung der Wahlmänner erfolgt in jedem Wahlbezirk besonders unter Leitung des betreffenden Justizbeamten. Die Wahlen werden vom Landesherrn genehmigt.

Diese Verfassungsurkunde hatte Anke sofort in Umlauf bei seinen Auftraggebern gesetzt, aber es dauerte bis zum 1. Juni 1832, ehe der letzte unterschrieben und gesiegelt hatte. In ihrer eigenen Ausfertigung waren es der Landrat F. v. Borries, der Hofmarschall v. Blomberg, der preußische Regierungsrat Ludwig Siegmund Frhr. v. Blomberg, der preußische Landrat Bernhard Simon Frhr. v. Kerkenbrock auf Helmsdorf, der kurfürstlich hessische Oberst a. D. Carl Wilhelm Sittig v. Westphalen, Friedrich Freiherr v. Donop, damals in Darmstadt, der württembergische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am K. K. österreichischen Hofe Ludwig Heinrich August Freiherr v. Blomberg zu Enlbach, der preußische Generalmajor und Brigadeführer Friedrich Ludwig v. Kleist zu Ober- und Niedermaspe und die Vertreter der Städte Horn, Salzuflen und Detmold.

Zugleich hatten sie in einem besonderen Revers am Schluß der Urkunde beurkundet, daß sie das Landesgrundgesetz in allen seinen Punkten und Klauseln und ohne Vorbehalt angenommen und zugleich anerkannt hätten, daß durch dessen Veröffentlichung die bei der Bundesversammlung angebrachte Beschwerde völlig erledigt und aufgehoben würde.

Ob Anze auch mit den Ultras gesprochen hat, ist nicht festzustellen¹⁾. Er war aber der Überzeugung, daß die Gründe ihres Widerspruchs teils den am Bundestage abgegebenen Erklärungen, teils den förmlichen Vereinbarungen entgegenstanden. Ohne Bedenken empfahl er die Einführung der Verfassungsurkunde, falls nicht Bückeburg noch Schwierigkeiten machte. Seine eigenen Bemühungen, dort eine Verständigung anzubahnen, waren abgelehnt worden. Zu warten aber, bis die Hoheitsstreitigkeiten rechtlich ausgetragen waren, hielt er für sehr bedenklich, zumal wenn es bekannt wurde, daß der Streit im Innern beigelegt war.

Eigentlich war der Widerstand Bückeburgs nicht zu verstehen. Seine Beschwerde im Jahre 1819 betraf die unterbliebene Haltung eines Landtags, nicht die Verfassung im besonderen. Der Bundestag hatte nur verlangt, daß die bückeburgischen Interessen bei der beabsichtigten Ausschreibung eines Landtags und bei der Ausdehnung der Gesetzgebung auf das Amt Blomberg berücksichtigt würden. Der Fürst zur Lippe gab keine neue Verfassung wie etwa 1819, sondern bestätigte die alte mit erweiterter Repräsentation. Diese Verfassung hatten jetzt die Stände unterschrieben bis auf eine unbedeutende Minderheit. Unbeanstandet besaß der Fürst das Recht, einen Landtag auszuschreiben. Die Teilnahme der erbherrlichen Agnaten des Hauses, auch des Fürsten von Schaumburg-Lippe als

¹⁾ Zu ihnen gehörten zwei v. Kerßenbrock, zwei v. Donop, der Drost v. Mengersen, der Berghauptmann v. Neden und Freiherr v. Wendt, also die Minderheit.

lippischer Agnat, an diesem Landtage war nirgends versagt. Das Amt Blomberg, um das sich noch der Hoheitsstreit drehte, war einstweilen ausgeschaltet. Nirgends war ein hückeburgisches Interesse gefährdet. Dennoch beanspruchte der hückeburgische Fürst das Souveränitätsrecht eines deutschen Bundesfürsten, das ihm in diesem Falle als Agnat nicht zustand, und mischte sich als fremder Bundesfürst, als fremde Staatsgewalt in die inneren lippischen Landesangelegenheiten.

Unter allen Umständen muß man sich jetzt der Zustimmung des Bundestags vergewissern. Blittersdorf will sich jetzt doch nicht festlegen. In Wien und in Berlin bestanden die alten Zweifel. Überall Achselzucken und die Bitte, nur ja vorsichtig zu sein. Präsident v. Münch schlug vor, die Sache so einzuleiten, daß die Bundesversammlung von dritter Seite ersucht würde, die Regierung zur Veröffentlichung ihrer Verfassungsurkunde zu veranlassen. Dazu würden sich vorwiegend die Stände eignen, die ohnedies ihre Klage zurücknehmen müßten. Dadurch würde die Regierung nicht kompromittiert, mochte der Erfolg sein wie er wollte. In Berlin verhielt man sich gänzlich ablehnend, da man aus einem alten Rezeß entnommen haben wollte, daß ohne Einladung und Anhörung der Erbherren kein Landtag gehalten werden durfte, und daß Landtagsbeschlüsse nur namens des regierenden Herrn und der Erbherren erfolgten¹⁾. Nach preussischer Auffassung mußte die Bundesversammlung um ihre Vermittlung ersucht werden.

Immer noch blieb die Lage problematisch. Hörte man auf Wien oder auf Berlin, immer war der Ausgang auf die lange Bank geschoben. War es da nicht richtiger, von der Bundesversammlung ganz abzugehen und die Verfassung durch einen Landtag in althergebrachter Form unter Einladung der Erbherren,

¹⁾ Man verwies auf den Samelnischen Rezeß vom Jahre 1655 (f. § 5 Abs. 2).

sämtlicher aufgeschworener Ritter und Landtagsfähiger Städte einzuführen? Damit gewann man ein verfassungsmäßiges Gesetz, gegen das keine Beschwerde zulässig war. Schon hatte der Fürst dieser Lösung zugestimmt, aber sehr schnell kam man wieder von ihr ab. Der Weg war doch zu riskant! Soll man den Ständen die vereinbarte Urkunde nochmals zur freien Aussprache hergeben? Wer garantierte für diesen Landtag? Noch bestand die Opposition der Ultras, und Bückeburg hatte ungeahnte Möglichkeiten, das Werk im letzten Augenblick zu vernichten. Ehe man nicht die Gewißheit hat, daß für die Einführung eine unbedingte Mehrheit eintrat, will sich Petri auf nichts einlassen.

Auf der anderen Seite wurde man ungeduldig. Schon war ein ganzes Jahr vergangen, seit Anze die vollzogene Urkunde zurückgereicht hatte. Wozu jetzt Stände, wenn kein Landtag? Was gingen sie die Streitigkeiten mit Bückeburg an? Man will den Landtag!

Wieder fragen Bauern aus dem Amt Schötmar den Fürsten treuherzig, wann endlich die ihnen seit Jahren versprochene Verfassung der unvergeßlichen Fürstin Pauline käme? „Frei sey es hier ausgesprochen, daß es uns weit willkommener seyn würde, unter der unumschränkten Regide Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht nach Möglichkeit unser Glück befördert zu sehen, als unter einer constitutionellen Verfassung zu leben, worin wenigen Bewohnern, die doch nur als Mitglieder der großen Familie unsers Volks zu betrachten sind, Vorrechte eingeräumt werden, die einer schon längst verschollenen Zeit angehören.“ Sie sind weit entfernt, von ihrem beschränkten Standpunkt aus zu bestimmen, was dem Wohl des Vaterlandes frommt, lernen nur aus den Lehren der Geschichte, worin das wahre Glück eines Volks besteht. Ihre Sprache ist ungekünstelt, aber sie behaupten, die allgemeine Stimme des Volks zu vertreten (6. September 1833).

Petri hatte den Ständen geraten, wie es in Frank-

furt gewünscht wurde, sich an den Bundestag zu wenden. Aber auch in diesen Kreisen begann man unschlüssig zu werden. Wegen des unglücklichen politischen Treibens in Deutschland, das wegen des Frankfurter Attentats vor einer Revolution stand, hatte man alle Ursache, einen Widerspruch Bückeburgs zu vermeiden, um beim Bundestag nicht in einem ungünstigen Licht zu erscheinen. Überall rumorte es. Am 30. Oktober 1834 war eine Bundesverfügung herausgekommen, wonach Streitigkeiten zwischen Regierung und Landständen, namentlich über die Auslegung von Verfassungen, über die Grenzen der gegenseitigen Rechte, über die Verweigerung erforderlicher Mittel, durch Schiedsgericht entschieden werden konnten. Sie war das Ergebnis von Ministerialkonferenzen in Wien, um den zerstörenden Tendenzen der Zeit einen Damm entgegenzusetzen und das monarchische Prinzip zu befestigen.

Auf beiden Seiten gab man jetzt, wenn auch widerwillig, die Parole aus: nur nicht drängen! Ein weiteres Jahr verging. Man war wie gelähmt. In der städtischen Kurie starben einige der bisherigen Vertreter. Wenig war gewonnen, daß sich jetzt Lemgo und Blomberg wieder offiziell der Bewegung anschlossen, nachdem sie sich solange mit Rücksicht auf die Fürstin Pauline ihr ferngehalten hatten. Das Häuflein der Adligen im Lande drohte zu einem kümmerlichen Rest zusammenzuschmelzen. Es mußte ernstlich aufschwören, wer es noch nicht getan hatte. Anke schrieb überall herum. Manche wollten es sofort tun, andere verlangten wochenlange Überlegung. Die jüngeren Mitglieder waren wenig eingeweiht, sie wußten positiv nur, daß die Fürstin Pauline unrechtmäßig gehandelt hätte. Übrigens war alles gleichgültig. Der Fürst lehnte jede Aufnahme ab, solange nicht die neue landständische Verfassung eingeführt war. Er lehnte auch die Ausschreibung eines Landtags in altverfassungsmäßiger Form ab, da ihm der Zeitpunkt nicht geeignet erschien (3. Februar 1835).

Auf Anregung des Generals v. Kleist kamen die Stände am 30. Mai (1835) auf einem Konventstage in Lemgo zusammen. Einziger Gegenstand der Tagesordnung war die Frage, auf welche Weise die Hindernisse beseitigt werden konnten, die dem Ausschreiben eines Landtags und der Wirksamkeit der Landstände im Wege waren. Es war ein einziges Liebeswerben um die apostatischen Ultras. Anke hielt einen ausführlichen Vortrag über den Verlauf des Verfassungswerks und betonte wegen des bevorstehenden Anschlusses Lippes an den preussischen Zollverein die Dringlichkeit des Beschlusses. Man wird den Landtag verlangen. Es muß auch gestattet werden, begründete Ausstellungen gegen die Urkunde vorzubringen, wird aber ihre Erfüllung ganz dem fürstlichen Ermessen überlassen. Mit den Ultras gemeinsam wird man die Beschränkung der Fortdauer der bisherigen Steuern von 10 auf 2 oder 3 Jahre und den Vorbehalt der Besteuerung der eximierten Güter beantragen und ersuchen, die Vorschriften in der Urkunde zu streichen. Auch die Staatsangehörigkeit des Landsyndikus und der Anspruch auf zwei Ausschußdeputierte für die erste Kurie sind nicht so wichtig, daß sie in der Urkunde unbedingt beibehalten werden müssen. Die Aufnahme der bürgerlichen Rittergutsbesitzer dagegen war schon seit 1799 dauernd beantragt worden, die kann nicht widerrufen werden. Die übrigen Gegensätze können das Werk unmöglich erschweren oder gar aufhalten.

Alles in allem genommen wurde jetzt die überwiegende Mehrheit der adligen Rittergutsbesitzer gewonnen. Sie ersucht den Fürsten um Ausschreibung eines Landtags in altverfassungsmäßiger Form und ist der Ansicht, daß jetzt, nachdem alle Hindernisse beseitigt waren, ein Widerspruch Bückeburgs nicht mehr aufkommen könne.

Am liebsten hätten die Stände gesehen, wenn der Landtag sofort einberufen wurde. Aber man muß auf die auswärtigen Herren Rücksicht nehmen. So wird man den Landtag bis zum Mai 1836 verschieben. Dann

aber soll unmittelbar nach der formellen Annahme der neuen landständischen Verfassungsurkunde ein ordentlicher Landtag gehalten werden. Das aber muß die Regierung ablehnen, da ein ordentlicher Landtag nach den gesetzlichen Vorschriften Vorbereitungen erfordert. Man kann das Wahlgeschäft nicht über das Knie brechen, zumal es sich um eine Wahlperiode von sechs Jahren handelt.

Am 29. Juni 1836 wurde der letzte lippische Landtag in altlandständischer Form eröffnet.

In seiner Zusammensetzung bot er kaum noch das gewohnte Bild vergangener Zeiten. Er war mit zuviel Vorurteilen belastet. Es war nicht mehr nötig, die sämtlichen Biesterfelder und Weißenfelder Grafen als erbherrliche Agnaten einzuladen, nach dem Biesterfelder Vertrag von 1762 genügte, wenn ihr Chef teilnahm. So wenigstens erfaßte die Regierung die Lage. Es erschien Graf Wilhelm Ernst zur Lippe-Biesterfeld mit seinem Sohn Graf Julius. Dagegen lehnte Büdenburg jede Mitwirkung an diesem hausverfassungswidrigen Landtag ab und protestierte namens des regierenden Hauses und des ganzen lippischen Landes gegen alle Beratungen und Beschlüsse. Der angebliche Mitlandesherr, als der der Fürst von Schaumburg-Lippe schon gegen die Fürstin Pauline aufgetreten war, hielt sich berechtigt, ein letztes warnendes Wort zu sprechen. Weiter konnte die Anmaßung kaum getrieben werden. Sie fand ihre gebührende Zurückweisung. Aber der Fürst blieb bei seiner Überspanntheit, daß ohne vorausgehende Vereinbarung mit den Erbherren kein Landtag ausgeschrieben werden dürfe.

Der Johanniterritter v. Kerßenbrock war „zu diesem papiernen Landtag“ nicht erschienen. Sein Radolfshausener Better ließ sagen, daß er nicht kommen werde, da dieser „leere Kram“ auch ohne seine Gegenwart durchgeführt werden könne. Der Drost v. Mengersen wollte die offene Opposition vermeiden und blieb fort. Herr v. Reden war kurz vorher gestorben. Nur der Freiherr v. Wendt nahm als einziger Ultra

an den Verhandlungen teil. Von den gutgesinnten Rittern war der württembergische Gesandte v. Blomberg verhindert, und der Landkammerrat v. Donop lag krank in Darmstadt, ließ sich aber von seinem Neffen, dem Hofjägermeister v. Donop in Detmold, vertreten.

Nach dem alten Zeremoniell mußte lange im Landesarchiv gesucht werden. Von den Regierungsräten hatte keiner mehr, obwohl auch sie schon zum Teil angejahrte Männer waren, einen alten Landtag erlebt. Eschenburg, der nach Helwings Tode (gest. 1832) Regierungspräsident geworden war¹⁾, hielt eine Eröffnungsrede, in der er erklärte, daß man Experimente mit modernen Konstitutionsauffassungen vermieden habe, da das konstitutionelle Leben großer Staaten nicht für die Bedürfnisse eines kleinen Landes paßte. Unter Festhalten an geschichtlich hergebrachten Rechten und Verpflichtungen weist die neue Verfassung einfache Grundzüge und einfache Umrisse auf. Künftigen Landtagen bleibt es überlassen, so hatte schon die Fürstin Pauline gesprochen, diese Urkunde nach den Bedürfnissen der Zeit zu vervollständigen oder umzuändern. Schon in dieser Rede verkündete er, daß der Zusatz in dem § 6, wonach die bereits freiwillig anerbottene Besteuerung bisher eximierter Güter ausdrücklich vorbehalten sei, auf mehrfachen Wunsch wieder gestrichen würde.

Graf Wilhelm Ernst beantragte in dem § 5, der die ehemaligen Rechte der Landstände aufzählte, am Schluß noch den Zusatz: „so wie auch die in den Hausverträgen begründeten Rechte der Erbherrlichen Linien unverändert bewahrt bleiben.“ Unbedenklich stimmte man zu, hielt es aber weiter für bedenklich,

¹⁾ Zu seiner Unterstützung in der Kammer wurde Wilhelm Rohdewald als Geh. Kammerrat bestimmt (13. Juli 1813 Kammerassessor, 8. Dezember 1815 Kammerrat). Auch bekam er als Regierungsrat Sitz und Stimme in der Regierung nach Piderit.

in dem § 8 die Zusammensetzung des ersten Standes auch auf die Prinzen des regierenden Hauses und das Haupt der Biesterfelder Familie auszudehnen. Wohl um die Pairskammer zu umgehen.

Die Stände kamen noch mit einer ganzen Anzahl von Ausstellungen. Sie wünschten in dem Patent ausdrücklich erwähnt zu sehen, daß die Verfassungsurkunde mit Beirat und Zustimmung der Stände erfolgt und die Verordnungen von 1819 völlig aufgehoben seien. Man fand das überflüssig, da diese Verordnungen nicht in die Gesetzsammlung aufgenommen und hinterher stillschweigend aufgehoben worden wären. Da man aber auf diesen Wünschen beharrte, wurde das Patent entsprechend geändert. Dabei verzichtete die Regierung ihrerseits wohl nach den Erfahrungen, die sie in Frankfurt gemacht hatte, auf die Garantie der Bundesversammlung. Auf den Antrag des Freiherrn v. Wendt, für jede Kurie zwei Ausschußdeputierte zu wählen, wurde grundsätzlich nicht eingegangen. Zugestanden wurde aber in dem § 7, in dem den Landständen das Recht des Vorschlags und der Erinnerung zugesichert war, noch der Zusatz, daß das Ergebnis ihrer Anzeigen auf dem nächsten Landtage bekanntgemacht würde. Eine Änderung der Wahlbezirke in den Städten mußte nachgeprüft werden. Ein Antrag, zum Vertreter des Bauernstandes nur jemand zu wählen, der selbst ein bäuerliches Grundstück bewirtschaftete, veranlaßte eine längere Aussprache, bis die Regierung den Antragstellern anheimgab, ihren Wunsch auf dem nächsten Landtage zu erneuern, da mit ziemlicher Gewißheit vorauszusehen war, daß die Wahl im dritten Stande nur auf Landbauern fallen werde. Der wiederholte Antrag, bei der Abstimmung die Privilegien der Ritterschaft zu wahren unter der Berücksichtigung, daß noch nicht alle Mitglieder beigetreten waren und andere wieder unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer Entschädigung für Steuerfreiheit, wurde abermals zurückgewiesen. Wie im § 23 der zweite und dritte Stand auf die Wahlvorschrift

verwiesen wurde, so jetzt der erste Stand zusätzlich auf sein Statut. Kleinere redaktionelle Änderungen fanden kein Bedenken.

Am 6. Juli (1836) wurde der Landtag geschlossen und die landständische Verfassungsurkunde unter dem gleichen Datum als Landesgrundgesetz in der Gesetzsammlung veröffentlicht. Insoweit war diese Verfassung ein Fortschritt, als sie nun auch dem Bauernstand die Möglichkeit gab, zum Wort zu kommen. Aber mit welchen Opfern war dies Zugeständnis an die Zeit erkaufte worden! Wie der Fürst seine bisherigen Gegner doch als Stände von Ritterschaft und Städten entsprechend dem Charakter des Landtages berufen hatte, trug er nun auch keine Bedenken, nachdem alle Gegensätze beseitigt waren, ihnen auch die Kosten für ihren Prozeß gegen ihren eigenen Staat, selbst die Kosten für den Hochverratsprozeß, aus der Landkasse zu bezahlen, obwohl er mit Recht bestritt, daß ihre Beschwerde eine gemeinschaftliche Rechtsangelegenheit sämtlicher Stände gewesen sei. Dagegen wurde ihr Drängen, schon jetzt durch eine eigens gebildete Kommission die landschaftlichen Rechnungen nachprüfen und abnehmen zu lassen, selbst gegen die Drohung einer erneuten Beschwerde beim Bundestag zurückgewiesen, da die Regierung nur Abgeordnete noch anerkennen wollte, die nach den Vorschriften der neuen Verfassungsurkunde gewählt waren. Das war die erste Enttäuschung! Die Herren waren eben keine alten Landstände mehr und noch keine Landtagsabgeordneten.

Sehr auffallend aber war es, wie wir hören, daß die neue landständische Verfassungsurkunde im Lande kein besonderes Aufsehen machte. Der Jubel über die Paulinische Verfassung war längst verhallt. Was sich in Frankfurt abgespielt hatte, wußte kaum einer. Die Vorrechte, die jetzt der alten Ritterschaft eingeräumt waren, verbitterten, je mehr man sie zu spüren bekam. Nirgends konnte man bemerken, daß man ein großes Verlangen hatte, den künftigen Landtag zu beschicken.

Darüber schien man sich bald einig, daß die lippische Verfassung unter den deutschen Verfassungen die unvollkommenste war, da sie mit Ausnahme der veränderten Vertretung im wesentlichen alles beim alten ließ. Das hatte die Fürstin Pauline nicht gewollt! In Zukunft mußte eine gute Verwaltung ausgleichen, was die Verfassung sündigte¹⁾.

Ein Nachspiel erfolgte noch in Frankfurt. Nachdem sich die Regierung ohne die geringste Beanstandung begnügt hatte, der Bundesversammlung die Einführung der Verfassung einfach anzuzeigen, legte Bückeburg mit Berufung auf den Beschluß vom September 1819 Beschwerde ein und verlangte, daß die Verfassung außer Wirksamkeit gesetzt werde. Es ist völlig zwecklos, auf die langwierigen Auseinandersetzungen, die diese neue Beschwerde abermals hervorrief, noch einzugehen. Am 20. April 1837 beschloß der Bundestag, die bückeburgische Beschwerde auf sich beruhen zu lassen, nachdem die Wirksamkeit der Bundesbeschlüsse vom 9. September 1819 durch die Einführung der Verfassung von selbst ihr Ziel gefunden hatte.

In Bückeburg, wo man immer schon seit Jahrhunderten unendlich viel Zeit zur Aufklärung gekränkter erbherrlicher Gerechtsame über gehabt hatte, machte man noch mancherlei Anstrengungen, die maßgebenden Kreise auch in Detmold geschichtlich und staatsrechtlich zu belehren. Wie dem Fürsten von Schaumburg-Lippe aber zuletzt in dem Mannheimer Austrägalurteil von 1839 die von ihm angemachten Souveränitätsrechte über das lippische Amt Blomberg rechtsgültig ab-erkannt wurden, blieben auch seine Proteste gegen die lippischen Landtage bedeutungslos. Der Bundestag kümmerte sich nicht weiter um sie.

¹⁾ Ich entnehme diese Stimmung aus gelegentlichen Äußerungen verschiedener Regierungsräte im Oktober 1836. — Vgl. auch in den „Vaterländischen Blättern“, Jahrg. 5, Detmold 1848, Sp. 826 ff. den Aufsatz eines Optimisten „Was thut jetzt Noth?“.